

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der kürzesten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97.

Freitag den 27. April 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Auf zur Maiseier!

Arbeiter!

Als man in Paris die hundertjährige Wiederkehr des Jahrestages der großen Revolution feierte, trat dort ein internationales Arbeiter-Parlament zusammen. Dieses feierte die Maiseier ein.

Die Maiseier ist in erster Linie eine Demonstration für den Arbeiterschutz. Der wichtigste Punkt unter den Forderungen für den Arbeiterschutz ist der Achtstundentag. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe und acht Stunden Schlaf, das ist die Parole des ersten Mai.

Weiter ist die Maiseier ein Fest internationaler Verbrüderung. Soweit es auf Erden Lohnarbeit giebt, soweit das Kapital seinen Fluch über Millionen Unterdrückter gebracht hat, soweit reichen an diesem Tage die Arbeiter sich die Hände zur internationalen Verbrüderung. Die Maiseier ist das Fest dieser Verbrüderung, sie ist die Heerschau der von Jahr zu Jahr wachsenden, klassenbewußten Proletarierheere, sie ist die Vorfeier des sicheren Sieges.

Unseren Gegnern ist das schöne und unschuldige Fest ein Grauen. Sie, die, wenn es ihnen paßt, um ihrer Hobbys, ja einer Laune willen Tausende von Arbeitern auf Wochen hinaus feiern lassen, sie wollen nicht, daß der Arbeiter auch nur einen Tag im Jahre es wagt, frei zu sein nach seiner Art.

Da gilt es den Gegnern unsere Kraft zu zeigen, unseren festen Willen zu bekunden, die Forderungen des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages, der Freiheit der Arbeit und des Weltfriedens durchzusetzen. Deshalb darf am ersten Mai kein Arbeiter fern bleiben. Keine Arbeiterin, kein Arbeiter darf vergessen, daß der erste Mai ihr Tag, unser Tag ist.

Der erste Mai gehört dem arbeitenden Volke. Darum auf, Ihr Männer und Frauen in Stadt und Land, Ihr alle, die Ihr mühselig und beladen seid, denkt an das Maiseier und wagt es, nur einen Tag, nur einen frei zu sein. Auf zum Maiseier!

## Hoch der 1. Mai!

### Die deutsche Hausindustrie.

S. A. Alle kritischen Beurtheiler der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sind bekanntlich darüber einig, daß die Hausindustrie die jämmerlichste und rückständigste Produktionsform der bestehenden Wirtschaftsordnung ist. Sind schon die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fabrik-Industrie zum größten Theile schlecht und unbefriedigend, so sind sie es in der Hausindustrie in noch viel stärkerem Maße. Darin liegt aber auch zugleich die Erklärung für ihre bedeutende Ausdehnung. Für die Unternehmer ist die Frage: ob Fabrikbetrieb oder Hausindustrie, eine Frage der Zweckmäßigkeit und des Profites. Der Fabrikbetrieb erfordert ein feiner Ausdehnung entsprechendes Anlagekapital, er erfordert Erneuerungs- und Unterhaltungskosten und seine Rentabilität erfordert die stetige Beschäftigung der Arbeiter, sowie die Ausnutzung der Maschinen und Anlagen. Betreibt der Unternehmer aber nur ein Verlagsgeschäft mit der Hinausgabe der Arbeit an Heimarbeiter, so erspart er das Anlagekapital und wälzt er die Kosten des Arbeitslokales, der Heizung, Beleuchtung u. auf die Heimarbeiter ab. Kann er diese nicht voll beschäftigen, so hat er dadurch keinen direkten Schaden und den während dieser Zeit entgehenden Geschäftsgewinn kann er sich dadurch wieder holen, daß er ein andermal die Heimarbeiter zu ununterbrochener Thätigkeit bei Tag und Nacht, an Werk-, Sonn- und Feiertagen anhält.

Der Ausbeuter der Heimarbeit entzieht sich auch den

regenden und ordnenden Vorschriften der Arbeiterschutzgesetzgebung, die vielen kapitalistischen Naturen mit ihrer Ungebundenheit und zügellos-anarchistischen Wildheit der höchste Grauel ist. Nur wenn der Fortschritt der Technik mit guten Maschinen, weitgehender Arbeitsteilung und zweckmäßiger Organisation der Arbeit den Fabrikbetrieb befähigt, die Schmutzkonzurrenz der Hausindustrie siegreich zu überwinden und zu verdrängen, entschließt sich der Unternehmer von der Heimarbeit zu der Fabrikarbeit überzugehen.

Die große Bedeutung und Ausdehnung der deutschen Hausindustrie hat ihre Ursache auch in der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit der großen Masse der Heimarbeiter, auf die buchstäblich die vor 37 Jahren von Lassalle ausgesprochenen Worte von der verdamnten Verdurstungslosigkeit auch heute noch zutreffen. Nur sozial tiefstehende Arbeiter können sich ihr Lebtage damit zufrieden geben, das ganze Jahr hindurch für ein erbärmliches bisches Leben zu arbeiten und ihre erbärmliche Wohnung dem Kapitalisten gewissermaßen als kostenloses Arbeitslokal zu überlassen. Eine sich aufraffende Arbeiterschaft hätte es in der Hand, durch kräftige Agitation und Organisation mit der elenden und verelendenden Hausindustrie aufzuräumen und bessere, gesunde Zustände zu schaffen.

In welcher ausgedehntem Maße in Deutschland die Hausindustrie noch besteht, zeigt in übersichtlicher Weise der jüngst erschienene letzte Band (119) der Berufs- und Gewerbe-Zählung vom 14. Juni 1895; und er zeigt auch, wie sie sich in dem 13jährigen Zeitraum von 1882 bis 1895 gestaltet hat. Es wurden nämlich gezählt:

Gewerbegruppen	Zahl der Hausindustriellen			
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
	1895		1882	
Kunst- und Handwerks-gärtnerei	70	286	5	5
Industrie der Erden und Steine	3 278	4 236	2 507	3 170
Metallindustrie	10 795	20 105	9 981	16 930
Maschinenindustrie	5 749	9 093	2 581	4 489
Chemische Industrie	318	299	142	171
Industrie der Leuchtstoffe, Seifen usw.	50	131	53	56
Textilindustrie	162 435	195 780	235 363	285 102
Babierindustrie	2 703	5 843	1 742	3 473
Leberindustrie	2 780	5 106	1 136	1 820
Holzindustrie	23 356	37 140	15 487	19 111
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	9 930	15 918	6 365	8 346
Bekleidungs- u. Reinigungs-Gewerbe	120 298	159 360	110 282	131 861
Baugewerbe	321	766	8	19
Poligraph. Gewerbe	649	2 136	373	739
Künsterliche Gewerbe	830	1 835	389	885
Zusammen	342 537	457 984	336 416	476 080

Nach den Gesamtzahlen sind in den 13 Jahren von 1882 bis 1895 die hausindustriellen Betriebe um 43,859 und die Zahl der hausindustriellthätigen Personen um 18 096 zurückgegangen. 1882 waren von je 100 Betrieben überhaupt 10,7 hausindustrielle; 1895 nur 9,4, um 1,3 weniger; von 100 Gewerbetätigen gehörten 1882 6,5 zur Hausindustrie, 1895 aber nur 4,5, um 2 weniger.

Nicht im gleichen Verhältniß gestalteten sich die Dinge bei den einzelnen Gewerbegruppen. Nur 3 derselben, nämlich die Industrie der Erden und Steine, die Industrie der Leuchtstoffe und die Textilindustrie erlitten einen Rückgang, aber die ersten beiden Gruppen nur einen solchen in der Zahl der Betriebe und zwar um 234 bzw. 3, während allein die Textilindustrie auch eine Verminderung in der Zahl der Gewerbetätigen erfuhr; die Zahl ihrer Betriebe verminderte sich um 72,928 und die Zahl ihrer Heimarbeiter um 89 322. Alle anderen Gewerbegruppen erfuhr eine Ausdehnung der Hausindustrie, wobei den geringsten Zuwachs an Betrieben mit 65 und an Personen mit 231 die Gärtnerei verzeichnet, während die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 10,016 neuen Betrieben und 27,499 weiteren Personen die größte Zunahme aufweist.

Den größten Antheil an der gesammten Hausindustrie haben von den Gewerbegruppen die

	Betriebe	Personen
	1895	1895
Textilindustrie	mit 47,4 pCt.	42,7 pCt.
Bekleidungsindustrie	35,1 "	34,8 "
Sonstige Gewerbe	17,5 "	22,5 "

82,5 pCt. aller hausindustriellen Betriebe und 77,5 pCt. aller hausindustriell thätigen Personen entfallen demnach allein auf die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Zu dem erfreulichen Rückgang der hausindustriellen Textilindustrie, deren einzelne Zweige einem raschen Verfall entgegengehen, wird von dem statistischen Amte bezw. dem Bearbeiter der Statistik, Dr. Bahn, bayerischer Bezirksamtsassessor, bemerkt: „Es sind dies Gewerbe, in denen sich die Maschine mehr und mehr des Produktionsprozesses bemächtigt und die Handarbeit, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch stark zurückdrängt. Am weitesten ist dieser Verletzungsprozess in der Spinnerei fortgeschritten, so daß in der Leinen-, Wollen- und Baumwollenspinnerei nur wenig mehr als 1 pCt. der Heimarbeiter sich finden. In den verschiedenen Branchen der Weberei nehmen zwar die Hausindustriellen gegenwärtig noch einen ziemlich breiten Raum ein — so sind in der Leinen- und Seidenweberei die Hausindustriellen mit mehr als einem Drittel, in der Baumwollweberei mit nicht ganz einem Viertel von dem gewerbetätigen Personal betheilt. Allein der Rückgang seit 1882 ist doch derart, daß auch die hausindustrielle Weberei als im Zeichen des Verfalls stehend gekennzeichnet werden muß. Die mechanische Weberei arbeitet eben billiger, gleichmäßiger, zuverlässiger und quantitativ ist ihre hohe Produktionskraft mit der Handweberei überhaupt nicht vergleichbar.“

Ahnlich steht es mit der Kleinenindustrie, speziell mit der Gold- und Silberdrahtzieherei und der Blechwarenfabrikation. Auch hier wird das Hausgewerbe allmählich von der Fabrikindustrie aufgesogen.

Die Hausindustrie geht sonach in wichtigen Gewerben einem offensichtlichen Verfall entgegen. Falsch wäre es jedoch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Hausindustrie überhaupt eine absterbende Betriebsform sei. In einer Reihe von Gewerbegruppen erstreckt sie sich vielmehr einer lebhaften Entwicklung, vor Allem in der Tabakfabrikation, der Schuhmacherei, Tischlerei, Konfektion, Korbmacherei, Haarflecherei, Böttcherei, Drechslerei, Uhrmacherei, Spitzenverfertigung und Weichzeichnerei, Woll- und Baumwollfärberei u., Sattlerei, Kürschnerei und anderen mehr. Die Ursachen für die Ausdehnung der hausindustriellen Produktion sind mannigfacher Art.

In gewissen Produktionszweigen erscheint es für den Fabrikanten rentabler, die Arbeit in die Hausindustrie zu verlegen; sie erspart ihm Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Heizung, Lüftung und Instandhaltung der Arbeitsräume, sowie für Aufsichtspersonal, erlaubt ihm, niedrigere Arbeitslöhne zu zahlen und macht ihm — von wenigen Hausindustriellen abgesehen — keine Ausgaben in Bezug auf Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung; überdies verringert er sein Risiko bei Geschäftskrisen, da er in der Hausindustrie nur umlaufendes, kein stehendes Kapital verwendet und demgemäß nicht für die dauernde Rentabilität eines fest angelegten Kapitals, also auch nicht für kontinuierliche Beschäftigung von Arbeitern zu sorgen braucht.

Diese Vortheile der Hausindustrie für den Unternehmer sind zugleich die Nachtheile für den Heimarbeiter und sie sind der Punkt, an dem die Agitation und die Organisation, wie die Gesetzgebung einsetzen müssen, um die Heimarbeit einzuschränken und allmählich ganz zu verdrängen. Denn die völlige Beseitigung der Hausindustrie muß das Ziel sein, das anzustreben ist, um eine Besserstellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, eine Erleichterung der Schmutzkonzurrenz von Arbeitern, wie von Unternehmern untereinander und eine Gesundung der Wohnungs- wie der gesammten Familienverhältnisse der Arbeiter herbeizuführen. Die Handschuhmacher, Cigarrenarbeiter, Schneider, Schuhmacher usw. haben bereits begonnen, den Kampf gegen die Hausindustrie zu führen und von den Unternehmern die Errichtung von Fabriklokalitäten und Betriebswerkstätten zu fordern und sie haben damit theilweise schon Erfolge erzielt. Wie auf anderen Gebieten, so müssen auch auf dem Gebiete der Hausindustrie die Arbeiter erst Breche schlagen und Fortschritte machen, ehe die Gesetzgebung zum Einschreiten zu bewegen ist. Die ganze Geschichte der Arbeiterschutzgesetzgebung lehrt, daß die Regierungen und Parlamente in keiner Frage so schüchtern und zurückhaltend, so ohne jede Initiative sind, wie auf diesem Gebiete. Hier müssen immer die Arbeiter die Bahnbrecher sein, die Gesetzgebung hinkt dann nach langer Zeit in schleppendem Tempo erst hinterdrein. Darum sollten die organisierten Arbeiter über ihrer sonstigen Thätigkeit auch den Kampf gegen die gemeinschädliche Hausindustrie nicht vergessen.



# Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lab. Volksboten.“)

Berlin, den 25. April 1900.

Im Reichstag wurde heute zunächst die erste Beratung des Reichsverschuldungsgesetzes fortgesetzt. Die Kritik, welche die einzelnen Redner an der Vorlage übten, war diesmal schärfer als am ersten Verhandlungstage. Von fast allen Rednern wurde der zu enge Rahmen des Gesetzes bemängelt. Recht lebhaft wandte sich der reichsparteiliche Abgeordnete Dr. Höffel, dem als Arzt Sachverständigkeit gewiß nicht abzuspochen ist, dagegen, daß weder Diphtherie noch Scharlach sowie die Geschlechtskrankheiten und die Tuberkulose in den Rahmen der Vorlage einbezogen sei. Besonders der Tuberkulose müsse mit Staatsmitteln entgegengetreten werden, ihre Bekämpfung dürfe nicht der freien Liebesbätigkeit allein überlassen bleiben. Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Das Haus ging hierauf zur Beratung der Ergänzungsetats für die Schutzgebiete über. Dabei wurde von dem Abg. Hasse der schwache Versuch gemacht, die von der Kolonialverwaltung beliebte Landkonzession in Kamerun einer abfälligen Kritik zu unterziehen. Von freisinniger Seite wurde die Vermehrung der Schutztruppe bekämpft aus dem richtigen Gesichtspunkt, daß diese der wirtschaftlichen Entwicklung nur abträglich sein kann. Nachdem dieser Nachtragsetat der Budgetkommission überwiesen war, kam noch die Vorlage betreffend die Erhöhung der Dampfersubvention für die Ostafrika-Linie an die Reihe. Die Subvention beträgt gegenwärtig 900 000 Mk. und soll um 450 000 Mk., also auf 1 350 000 Mk. erhöht werden. Außerdem soll der bisher auf 10 Jahre abgeschlossene Vertrag um weitere 15 Jahre verlängert werden. Erreicht soll durch die Subvention eine schnellere und häufigere Verbindung mit Ost- und Südafrika werden. Auf der Rechten und bei den Nationalliberalen schwamm man wieder einmal in eitel Wonne und Glückseligkeit. Die Abgg. Rettich, Hasse und Arendt wollten die Vorlage ohne Kommissionsberatung mit Hurrah annehmen. Auch Herr Frese (Fp.) gestellte sich ihnen zu. Herr Frisen vom Zentrum und der freisinnige Volksparteiler Müller-Sagan bestanden aber auf Kommissionsberatung. Der freisinnige Redner wandte sich überhaupt gegen die ganze Subventionspolitik. Für die Bündler gab Herr Hahn seinen Senf dazu. Er bezeichnete die Subvention als eine Liebesgabe für den Importhandel. Einer Ablehnung aber wagte er, wie bei der „gräßlichen Flotte“ so auch hier nicht das Wort zu reden. Da die Budgetkommission schon mit dem Flottengesetz belastet ist, wurde die Subventionsvorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Morgen stehen das Urheberrechtsübereinkommen mit Österreich-Ungarn und die vor den Ferien zurückgestellten Etatsresolutionen zur Beratung.

180. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Sobjanowski, Freiherr von Thielmann.

Die erste Beratung des Reichsverschuldungsgesetzes wird fortgesetzt.

Dr. Schrader (Fp.): In der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, wird es leider unmöglich sein, das Gesetz so auszuführen, wie es unseren Wünschen entspricht. Mit Recht ist bemängelt worden, daß gar keine neuen Organe von dem Gesetz geschaffen werden, während gerade an solchen zur Kontrolle geeigneten Organen Mangel herrscht. Die Regelung der Entscheidungsgewalt ist den Landesbehörden überlassen. Das wird die Folge haben, daß die Entscheidung in den einzelnen Staaten sehr verschieden geregelt werden wird. Das ist kein wünschenswerter Zustand. Für die Einsetzung einer Kommission ist meine Fraktion auch. (Bravo! links.)

Dr. Höffel (Rp.): Die wichtigste der in dem Gesetz erwähnten Krankheiten bleibt die Cholera. Die übrigen noch im Gesetz genannten Krankheiten wie Lepra, Gelbfieber, Roden, können kaum als gemeingefährlich betrachtet werden. Dagegen hätten auch Diphtherie und Scharlach hineingezogen werden müssen, die in der Zeit gemeingefährlich sind. Ebenso die Tuberkulose. Bedauerlich ist auch, daß die Geschlechtskrankheiten gar nicht erwähnt sind. Die gefährlicheren von denen, die jetzt endlich energisch bekämpft werden sollen, verbreiten sich durch Verleumdung auf den großen Verkehrswege. Gerade an internationalen Gebieten muß hier mehr geachtet werden; namentlich muß man gegen die Seuchenherde rücksichtslos vorgehen. Auch im eigenen Lande ist viel zu thun. Vor allem sollte man für gutes Wasser sorgen und die Wohnungsverhältnisse verbessern. Was die Anzeigepflicht betrifft, so kommt meines Erachtens die Pflicht, Anzeigen zu machen, dem Arzt zu. In Sanzen kann ich mich also für den Entwurf nicht sehr erwärmen. Was uns hier geboten wird, ist Ekelhaft, daß zur Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse im deutschen Reich nicht viel helfen wird.

Dr. Sangerhans (Fp.): Wir stehen dem Gelegenheitswohlwollen gegenüber. Das Gesetz muß zunächst kommen, denn es muß endlich ein Anfang mit einer derartigen Gesetzgebung gemacht werden. Bemängelt worden ist mit Recht die große Ausdehnung der Anzeigepflicht, die eine Ueberfülle von Anzeigen zur Folge haben wird. Um die gemeingefährlichen Krankheiten frühzeitig zu erkennen, wäre man die obligatorische Zeichnung ein. Hoffentlich gelingt es, das Gesetz in dem vorliegenden Umfange zur Beratung zu bringen, damit die Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht aufgehalten wird. (Bravo! links.)

Reinhold (Z.) [als der Tribüne immer verknäpft]: Der Herr Staatssekretär macht geltend, die Tuberkulose könne am wirksamsten durch ein Spezialgesetz bekämpft werden. Hoffentlich erreicht man auch gleich ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auch wir werden für die Kommissionsberatung stimmen und hoffen, daß durch das Gesetz die Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit in gleicher Weise geschützt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Gesetz wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der Ergänzungsetat für 1900 wird sodann in erster Lesung beschlossen und an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete für 1900.

Dr. Hasse (Fp.) beantragte, daß in Kamerun einzelnen Gesellschaften große Konzessionen gemacht werden, ohne daß sie zu den Kosten entsprechend herangezogen werden.

Kolonialdirektor v. Buchta erwidert, die Gesellschaften können nicht eher zu den Kosten herangezogen werden, als bis sie aus den Aufgaben, die sie sich gestellt haben, einen Schilling gezogen haben.

Graf Arnim (Rp.) tritt für die Vermehrung der Schutztruppe ein. In Nordamerica war es jedenfalls nicht nötig, einer Gesellschaft ein Gebiet von 90 000 Quadratkilometern ohne Gegenleistungen zu überlassen. Ich bemerke noch, daß ich mich an Unternehmungen in Afrika nie beteiligt habe. Ich theile dies mit, selbst auf die Gefahr hin, daß mir der Abg. Eichhoff erwidert: Da ist nichts zu holen; da beteiligt sich Graf Arnim nicht. (Weiter rechts.)

Kolonialdirektor v. Buchta bemerkt, den Gesellschaften seien doch nur ganz bestimmte Rechte eingeräumt, die sich insbesondere auf den Erwerb von Grund und Boden erstrecken.

Eichhoff (Fp.): Was die Konzessionen in Afrika betrifft, so theile ich die Ansicht des Herrn Kolonialdirektors, daß nur große kapitalistische Unternehmungen Aussicht auf Erfolg haben. Im allgemeinen hat die Kolonialverwaltung den richtigen Weg eingeschlagen. Abgesehen von unserer prinzipiellen Stellung gegen die Vermehrung der Schutztruppe in Kamerun. Ueberall wo die Schutztruppe eingegriffen hat, ist der Handel auf lange Zeit lahm gelegt worden. Die Erschließung des Landes muß sich auch ohne größere Expeditionen ermöglichen lassen. Wir erwarten von der Verstärkung der Schutztruppe keinerlei Fortschritt für die wirtschaftliche Entwicklung Kameruns. (Bravo! links.)

Kolonialdirektor Dr. v. Buchta: Durch den zweimaligen glücklichen Feldzug des Major v. Kampp ist der Einfluß der deutschen Machtphäre ausgebreitet bis tief in das Hinterland von Kamerun hinein. Es darf nicht unterlassen werden, die Erfolge dieser Feldzüge weiter zu verfolgen, damit der Weg ins Hinterland gesichert bleibt. Die Ausdehnung der deutschen Machtphäre wird auch dazu beitragen, daß die Sklavenjagden aufhören.

Der Etat wird darauf der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Erhöhung der Subvention für Postdampfschiffverbindungen mit Ostafrika. (Erhöhung von 900 000 Mk. auf 1 350 000 Mk.)

Rettich (Rp.) sieht der Vorlage freundlich gegenüber, da ja eine 14 tägige Verbindung mit Ostafrika und eine vierwöchentliche Postdampfschiffverbindung mit Südafrika erreicht werden sollte. Wir beantragen die zweite Lesung gleich im Plenum vorzunehmen.

Dr. Hasse (Fp.): Auch wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber. Die deutschen Dampfer müssen regelmäßig bis Kapstadt laufen und sich dort trennen. Dagegen sollten unsere subventionierten Linien den Hauptkonturrenzplätzen von Ostafrika nicht antauchen.

Frese (Fp.): Auch wir sind mit der Erledigung der Vorlage im Plenum einverstanden. Die Verbindung mit Kapstadt halten wir gleichfalls für sehr wichtig; dagegen ist eine solche mit Swakopmund noch entbehrlich.

Dr. Arendt (Rp.) ist mit der Vorlage einverstanden, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß unseren Schiffen auch der Schutz einer starken Flotte zur Seite gestellt werde, damit sie vor Belästigungen geschützt sind.

Ministerialdirektor Weber bemerkt, die Verbindungen mit Ostafrika seien durchaus auskömmlich, da wir allmonatlich zweimal eine Verbindung nach dort haben.

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Meine Freunde beantragen wegen der beträchtlichen Höhe der Subvention, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Dort wird der Nachweis geliefert werden müssen, daß überhaupt eine weitergehende staatliche Unterstützung für die Dampferlinie notwendig ist angesichts der Thatsache, daß die Deutsch-Ostafrika-Linie durchaus prosperiert.

Frisen (Z.) bittet, da der Antrag auf Kommissionsberatung einmal gestellt ist, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Dr. Hahn (witblont.): Ich kann die ganze Subventionierung nur als Liebesgabe bezeichnen. Der Leiter dieser Linie Herr Woermann steht mit englischen Gesellschaften in Verbindung, die unter dem Einfluß des Herrn Cecil Rhodes, des argsten Feindes des deutschen Einflusses in Afrika, stehen. Ich sehe in einer solchen Verbindung eine schwere Schädigung für Deutschland. Gleichwohl empfehle ich Ihnen, die Subvention zu bewilligen (gr. Heiterkeit). Da ich hoffe, daß in unserer Kolonialpolitik in Zukunft mehr die nationalen Gesichtspunkte zur Geltung kommen werden. Dann wird es sehr notwendig sein, daß den englischen Konkurrenzlinien subventionierte deutsche Linien gegenüberstehen.

Kolonialdirektor v. Buchta: Der Herr Vorredner hat kein Recht, der Kolonialverwaltung vorzuwerfen, sie vertrete die nationalen Interessen nicht genügend. Herr Woermann ist in die South-West-Africa-Company eingetreten, gerade damit die deutschen Interessen in ihr vertreten werden. Die Wahrnehmung der deutschen Interessen ist in dieser Gesellschaft erheblich gefördert, seit die Diebstahlsgefahr durch zwei Direktoren hinweggeräumt hat.

Frisen (Z.) zieht seinen Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission zurück.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Neunte Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Urheberrechtsübereinkommens mit Österreich-Ungarn zum Schutze der Urheberrechte, Beratung der vom Etat zurückgestellten Resolutionen)

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Im Wahlkreise Aurich-Wilhelmshaven, wo am heutigen Donnerstag die Erziehung für den verstorbenen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Kruse stattfindet, ist in den letzten Tagen noch seitens unserer Gegner stark mit den allgemöhnlichen schädlichen Mitteln gearbeitet worden. In Wilhelmshaven z. B. verweigerte man unserer Partei die Vergabe von Säen, so daß die sozialdemokratischen Wahlveranstaltungen auf obendurgische Meiereien abgehalten werden mußten. Das Bedauerlichste aber ist, daß in den letzten Tagen auf der kaiserlichen Werft, dieser „Mutter“-Staatsbetrieb, 50 bis 60 dort schon jahrelang beschäftigten Arbeitern gekündigt wurde, angeblich, weil keine Beschäftigung resp. kein Geld vorhanden sein soll. Auf der einen Seite wirft man nur so mit den Millionen für die Marine herum, als wenn jeder Deutsche eine halbe Millwa heiß in der Westentasche herumtrüge, und auf der anderen Seite entläßt man 50 bis 60 langjährig auf der Werft beschäftigte Arbeiter, weil keine Beschäftigung resp. kein Geld vorhanden sein soll! Man versteht aber doch sonst recht gut auf der Werft, Gelder zu verpaltern und es sind auch schon Schiffe gebaut worden, für die noch kein Geld bewilligt war, die aber für nötig gehalten wurden. Die Entlassungen machen auf Jedermann den Eindruck der Wahnsinnigkeit; man will einen kleinen Druck auf die Arbeiter ausüben, und dürfte damit leider auch erreichen, daß viele Arbeiter aus purer

Mengstlichkeit den Stimmzettel wider ihre Ueberzeugung gebrauchen werden.

Das schwankende monarchische Gefühl. Als unlängst Wilhelm II. seinen Onkel, den Prinzen von Wales, auf der Rückreise von Kopenhagen nach London in Altona begrüßte, meinte die „Deutsche Tageszeitung“, ihre Leser würden es wohl verstehen, wenn sie sich jeden Kommentars dazu enthalten. Die „Dresdener Nachr.“ sind minder zurückhaltend und lassen sich folgendermaßen vernehmen: „Ein solcher Kommentar ist ja infolgedessen überflüssig, als außerhalb der engbegrenzten und von jedem regen und beständigen Kontakt mit der Außenwelt abgeschlossenen Zirkel, denen der Verzicht auf die offene Weltentdeckung selbständiger Ueberzeugungen und unabhängiger Urtheile berufsmäßig obliegt, nicht der leiseste Zweifel bestehen kann, daß in allen Schichten des deutschen Volkes der Eindruck, den die Kunde von der Altonaer Zusammenkunft hervorgerufen hat, einmüthig ein solcher ist, daß er gewiß nicht herzerhebende Freude und Genugthuung bereiten kann. Es liegt aber nicht im Interesse des monarchischen Gedankens, grundsätzlich die Dissonanzen zu verschweigen, die in letzter Zeit wiederholt und zwar in überaus peinlicher Weise zwischen den Ueberzeugungen und Willensbetätigungen des Kaisers und der nationalen Auffassung, die das Volk in seinem Denken, Fühlen und Wollen verkörpert, zur Erscheinung gekommen sind. Die erspriechliche Pflege monarchischer Gesinnungen wird erschwert, die Freude an der erhabenen Herrlichkeit der deutschen Kaiseridee und damit zugleich an dem geeinten deutschen Vaterlande gekürzt, wenn zwischen dem Kaiser und seinem Volke fortgesetzt Widersprüche zu Tage treten, wenn der nationale Gedanke, der nationale Wille, wie er im Volke lebendig ist, durch den Träger der Kaiserkrone, der doch in erster Reihe sein berufener Hort und Hüter und sein Interpret sein soll, nicht mehr allermehr in wünschenswerther Klarheit und Deutlichkeit repräsentiert wird. Es droht die Gefahr einer Isolierung des Monarchen, wenn so die dauernde und beständige Wechselwirkung zwischen ihm und seinem Volke unterbrochen, die Harmonie der monarchischen Willensentschlüsse mit dem nationalen Volksbewußtsein aufgehoben erscheint. Auf diese Gefahr aufmerksam zu machen wäre eine der vornehmsten Pflichten der verantwortlichen Rathgeber der Kaiserkrone.“

Auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ können nicht mehr an sich halten und schreiben: „Man würde ohne jeden Kommentar an dieser Thatsache vorübergehen und schweigend sich den überraschenden Entschlüssen neigen können, wenn nicht eben Fürstenbegegnungen, so privater Charakter sie auch tragen, doch stets einen politischen Belegmaß hätten, und wenn nicht gerade in unseren Tagen jeder Sympathiebeweis, den man den Engländern offiziell angedeihen läßt, zugleich Zeugnis dafür ablegte, daß Neigungen und Anschauungen der höchsten Kreise in betrieblendem Gegenlag stehen zu den Empfindungen des gesammten deutschen Volkes.“

Wenn selbst die sächsischen nationalliberalen „Blumen“ so deutlich werden, dann ist es „wech! Snehchen“ in Deutschland schlecht bestellt um das monarchische Gefühl.

Mit bösen Mitteln hebt die Centrumpresse gegen den Münchener Professor Lipp, dem sie die Kritik des Richterhandes nicht gar so übel genommen hätte, wenn die Lipp'sche Rede nicht zugleich eine scharfe Absage an den Geist der „Mörder Giordano Bruno's“ gewesen wäre. Mit dem üblichen Augenaufschlag theilten die Centrumsblätter eine angebliche Stelle aus einem Werke des verhassten Mannes mit, die so lautete:

„Alle Sittlichkeit ist gleichbedeutend mit Freiheit. Bestimmtheit durch einen fremden Willen ist nicht sittlich. Gehorsam ist in seiner Wurzel jederzeit unsittlich. Mit einem Worte: Gehorsam ist unsittlich, nicht als That, aber als Gesinnung, als unfreier oder knechtischer Sinn.“

Der Gehorsam, eine der obersten Christentugenden, unsittlich! Die ganze fromme Schaar bekrachte sich. Inzwischen hat der Genosse Vollmar im Landtage nachgewiesen, daß jenes Zitat eine grobe Fälschung an der Lipp'schen Aeußerung begangen hat. Die Stelle in den „ethischen Grundfragen“ heißt nämlich:

„So ist also sittlich jede Sittlichkeit gleichbedeutend mit Freiheit im Sinne der freien Uebereinstimmung mit einem eigenen inneren Gele. Nehmen wir Gehorsam, wie wir schon öfter thaten, im engeren Sinne, d. h. als Bestimmung durch einen fremden Willen, so ist kein Gehorsam sittlich. Er ist jeder Zeit — nicht an sich, aber in seiner Wurzel unsittlich, genau in dem Maße, als er der geistigen Unfreiheit, Uage, Blindheit entstammt. Mit einem Worte, Gehorsam ist unsittlich — nicht als That, aber als Gesinnung, als unfreier oder knechtischer Sinn. Gehorsam als That kann sittlich notwendig und werthvoll sein, nämlich als Mittel zum Zweck, vor allem als Mittel der Erziehung. Sein Endziel aber muß überall die sittliche Freiheit sein.“

Das klingt weitentlich anders. Das Centrumsorgan, das zuerst die verkürzte Fassung brachte, die „Neue Bayerische Zeitung“, giebt denn auch zu, daß ihr Zitat nicht korrekt war. Wird das Ministerium in seinem Verfolgungseifer beharren?

Die blamirten Centrumsentropäer. In dem oben Sargon ultramontaner Nächstenliebe hatte die „Germania“ zur höheren Ehre des Centrums es als „freche und unverschämte Hehlüge“ bezeichnet, als der „Vorwärts“ schrieb:

„Selbst in der Deckungsfrage betreibt das Centrum nur ein Scheinmandver. Während es sich den Anschein giebt, als wolle es das Volk vor neuen Steuern bewahren, sucht es von der Regierung die Zusage einer Erhöhung der Getreidezölle zu erpressen.“

Nüchtern und trocken weist gegenüber der polternden Entrüstungskomödie der „Germania“ der „Vorwärts“ auf die vierzehnte der berühmten Centrumsfragen zur Flottenvorlage hin, welche lautet:

„Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirtschaft... für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?“

Die Blamage der „Germania“ ist komplet, aber wohlverdient.

Eine starke Spannung ist infolge Meinungsverschiedenheiten über das Fleischbeschaugesetz zwischen den Konservativen und den Landwirthlern eingetreten. Nach dem „Börsen-Courier“ soll Dienstag im Reichstage,



allerdings nicht im Sitzungssaale, eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Klinkowstrom und den bündlerischen Führern stattgefunden haben. Nach Mittheilungen von anderer Seite haben hervorragende Mitglieder der konservativen Partei Dienstag im Privatgespräch im Reichstag sehr rückhaltlos ihrer Mißstimmung über das Auftreten der Agitatoren des Bundes der Landwirthe in der Frage der Fleischeinfuhrverbote Ausdruck gegeben. — Die Verklammerung wird nicht lange andauern. Wenn die Bundesleitung zu der Ueberzeugung kommt, daß sie mit ihren Forderungen bei der Mehrheit der Konservativen nicht durchdringt, wird sie sich wohl fügen und zeigen, daß sie „auch anders“ kann.

Die Budgetkommission des Reichstages hat Mittwoch die Generaldebatte über das Flottengesetz beendet. Die Diskussion erstreckte sich nach der „Frankf. Btg.“ vorwiegend auf die Frage, ob die Regierung geneigt sei, der Landwirtschaft bei den nächsten Handelsverträgen einen angemessenen Zollschutz zu Theil werden zu lassen. Staatssekretär Febr. v. Thielmann erwiderte, daß er im Namen der verbündeten Regierungen keine Erklärung abgeben, aber so viel mittheilen könne, daß man bedacht sein werde, der Landwirtschaft einen besseren Schutz angedeihen zu lassen. Die Redner der Konservativen und des Centrums erklärten sich von dieser Erwiderung nicht befriedigt. Sie wünschten eine Erklärung des Reichskanzlers. Eine solche erfolgte nicht. Graf Stolberg versicherte aber, daß seine Partei unter allen Umständen für die Vorlage eintreten werde. Für die Donnerstag beginnende Spezialberatung hat Abg. Müller-Fulda (Centrum) folgende Fragen formulirt: 1) Wodurch erklärt sich die Nothwendigkeit einer doppelten Schlachtflotte? Könnte die Absicht der verbündeten Regierungen nicht auch dadurch erreicht werden, daß die bestehende Schlachtflotte unter Beibehaltung der jetzigen Zahl von Aufklärungskreuzern und eines Schlachtfloottenflaggschiffes zunächst eine Verwehrrung von acht Linienfahrern erhält, und später die acht Küstenpanzer durch acht Linienfahrern ersetzt werden? 2) Ist die Geschwaderstärke von acht Linienfahrern unbedingt erforderlich, und könnte die auch in der französischen Marine übliche Stärke von sechs Linienfahrern pro Geschwader event. wenigstens für die Reserve-Schlachtflotte genügen? 3) Welche Gründe werden für die gesetzliche Festlegung der Materialreserve geltend gemacht. Weshalb kann solche nicht der jährlichen Festlegung durch den Etat vorbehalten bleiben?

Die Kommission für die Vorberatung der Seemanns-Ordnung begann Mittwoch ihre Beratungen. Ehe man in die Beratung eintrat, wurden von verschiedenen Seiten Bedenken geäußert, ob eine Inangriffnahme des gesetzgeberischen Stoffes bei der vorgerückten Sessionszeit überhaupt angezeigt sei. Es sei kaum Aussicht auf Fertigstellung der Vorlage vorhanden und werde die Session geschlossen, nicht verlagert, so sei die ganze Kommissionsarbeit vergebens gewesen. Die Regierung sagte dazu kein Wort und die Mehrheit der Kommission beschloß, in die Verhandlungen einzutreten und sie so lange fortzusetzen, bis der Seniorenkongress in dieser Sache einen Beschluß fassen würde. Zu § 2 beantragten die Antisemiten, den Schiffsführer, der in dem Gesetz durchgängig als Schiffer bezeichnet wird, „Schiffskapitän“ zu nennen. Der Antrag erlangte aber keine Mehrheit. Zu § 3 beantragten die Sozialdemokraten, die Nachbefugnisse der Vorgesetzten den Schiffsmannschaften gegenüber auf den ihrem Dienstzweig unterstehenden Theil der Mannschaft zu beschränken. Des weiteren soll der Schiffer zur Bekanntgabe der Vorgesetzten verpflichtet sein. In der sehr eingehenden Debatte über diesen Antrag fand aber nur der zweite Theil — die Pflicht der Bekanntgabe — allgemeine Zustimmung, während die bürgerlichen Parteien in dem ersten Theil des Antrags eine Lockerung der Disziplin sahen und ihn angeblich aus diesem Grund bekämpften. Unsere Genossen zogen den Antrag schließlich zurück. Er wird etwas verändert in der zweiten Lesung wieder eingebracht werden. Beschlossen wurde ein Zusatz zu § 3, der die Bekanntgabe der Vorgesetzten durch Aushang dem Schiffer zur Pflicht macht.

Die Kanalvorlage soll einstweilen bis zum Herbst verschoben werden. Auch diese Finanzschiebung paßt den Sammlungspolitikern nicht. Die Kanalvorlage, so führt die „Post“ aus, paßt in eine Herbstsession des Abgeordnetenhauses erst recht nicht. Denn die Vorlage würde dann die ganze im das Jahr 1901 reichende parlamentarische Session beherrschen. In dieser Session müßten aber im Reichstage die ersten und entscheidenden Schritte zur Vorbereitung der Neuordnung der Handels- und Zollverhältnisse nach dem Jahre 1903 unternommen werden. Dazu sei ein festes Zusammengehen aller schutzpolizeilichen Elemente in- und außerhalb des Reichstages sowohl mit sich als mit der Regierung unerlässlich. — Dabei könne man also, das ist der Sinn des Artikels, einen solchen Störenfried wie die Kanalvorlage erst recht nicht brauchen. Vielleicht läßt die Regierung sich also nochmals erweichen, zumal Herr v. Miquel für die Sammelpolitik die Leidenschaft des Alters hat. Es soll zwar im Herbst höchstens über das Zolltarifschema verhandelt werden, aber die Sammelpolitik ist offenbar so zerbrechlich, daß ihr eine Kleinigkeit verhängnisvoll werden könnte.

Zentrumswäsche. Vor dem Schöffengericht in Trier wurde in diesen Tagen ein Verleumdungsprozeß verhandelt, den der Reichs- und Landtagsabgeordnete Kaplan

Dasbach gegen den Redakteur des „Trierischen Anzeigers“, Fritz Haubrich, angestrengt hatte. Haubrich war vor fünf Jahren in der Redaktion der Dasbach'schen „Trierischen Landesztg.“ beschäftigt gewesen und trat nach seiner Entlassung in die Redaktion des ebenfalls liberalen „Trierischen Tagesblatt“ ein. Die Entlassung Haubrich's erfolgte wegen eines Liebesverhältnisses mit seiner jetzigen Frau! In dem Dasbach'schen Organ wurde dagegen die Sache so dargestellt, daß man glauben konnte, die Entlassung sei wegen ehrenrühriger Handlungen des Entlassenen erfolgt! Ein entrüsteter Brief Haubrich's an den Kaplan Dasbach, in welchem diesem recht unangenehme Dinge in's Gesicht gesagt wurden, veranlaßte diesen zur Erhebung der Verleumdungsklage. In der Verhandlung trat Haubrich einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an, worin nach dem Bericht der „Köln. Btg.“ Folgendes festgestellt wurde:

In der Dasbach'schen Paulinusdruckerei war ein systematisches Ausschorschystem eingerichtet. Gegen die ultramontanen Wettbewerber des „Paulinusblattes“ wurde ein unläuterer Konkurrenzkampf betrieben. Laut Aussage des Justizraths Müller suchte sich Dasbach 1890 verschiedenen Zeitungsmittelstücken als Abgeordneter aufzubringen und zwar mit allen Mitteln; es kam so weit, daß der Justizrath Müller auf die wiederholte Warnung des Abg. Professor Köster hin, daß dem Dasbach nicht zu trauen sei, zur entscheidenden Wählerversammlung nach Gerolstein reiste. Dasbach hatte trotz seines offiziellen Verzichtes, am Tage vor der Wahl den Vorsitzenden des dortigen Wahlkomitees, Ballbaum, brieflich aufgefordert, ihn als Kandidaten an erster Stelle zu nennen, was nur durch die Anwesenheit Müllers verhindert wurde.

Den zweiten Verhandlungstag füllten die Erörterungen über die „Landwirtschaftliche Bank“ aus, ein Institut, das hauptsächlich durch das Betreiben Dasbach's zur Unterstützung des kleinbäuerlichen Kredits gegründet, nach zeitgenössischer Aussage von der dem Kläger gehörigen Paulinus-Druckerei so sehr in Anspruch genommen wurde, daß zeitweise vollständige Kassenleere eintrat. Zeuge Kaufmann Eifen, damaliger Aufsichtsrath der Bank, macht ausführliche Mittheilungen über die vielen Unregelmäßigkeiten, die zu jener Zeit, als Dasbach Vorstandsmitglied war, in der Bank vorkamen. Insbesondere habe Dasbach häufig ohne Erlaubniß, und ohne daß ihm ein besonderer Kredit eingeräumt war, Geld aus der Kasse entnommen, bald mit, bald ohne Quittung. Die Bank besand sich in den Geschäftsräumen des Paulinus-Druckerei. Die entnommene Summe sei schließlich auf 40000 Mark angewachsen. Die dadurch entstandene Geldleere sei einmal so zur Katastrophe geworden, daß Dasbach dem Aufsichtsrath aufforderte, deponirte Werthe zu lombardiren, eine Handlungsweise, die einem Bankdirektor einmal mehrere Jahre Gefängniß eingetragen habe.

Das Urtheil wird in etwa acht Tagen verkündet werden. Selbst wenn der Angeklagte aus formellen Gründen verurtheilt werden sollte, bleibt die Frage bestehen: Was geschieht mit Dasbach?

**Kleine politische Nachrichten.** Der Reichstagspräsident kann nach freiem Ermessen Druckchriften, die an den Reichstag eingehandt werden, zurückweisen, wenn er sie für ungeeignet zur Vertheilung an die Mitglieder des Hauses hält. Diese Berechtigung des Präsidenten hat wiederholt zu peinlichen Unzulänglichkeiten geführt. Herr v. Kallstrem hat jetzt eine Schrift Adolfs Damajsthes „Kamerun oder Kamerun?“, die sich mit Fragen der Bodenveränderung in den Kolonien befaßt, zurückgewiesen. Wie der „Vorw.“ erzählt, wird dieses geradezu unbegreifliche Verfahren des Reichstagspräsidenten im Seniorenkongress zur Verachtung gelangt. — Der „Reichsanz.“ meldet: Der Saatenstand in Deutschland war Mitte April für Winterweizen 2,7; Winterjweiz 2,5; Winterroggen 2,9; Alee 3,0; Luzerne 2,7; Weizen 2,8. In Folge der langen Winterdauer blieb die gesammelte Vegetation erheblich zurück. Mit der Bestellung der Sommerfrüchte konnte erst füglich, stark verspätet, begonnen werden. Die Saatenstandnote des Weizens, obgleich besser als die des Roggens, ist im Vergleich mit den Weizennoten im Vorjahre die schlechteste seit Einrichtung der Saatenstandsberichte. Die Auslichten für die Weizen sind geringer als in den letzten 5 Vorjahren. — Der Hafen von Memel ist, wie das „Memeler Dampfboot“ berichtet, durch die Stürme im vorigen Herbst verlandet und völlig gesperrt derart, daß im Memel Holz im Werthe von vielen Hunderttausenden, das im vorigen Jahre verkauft und bereits bezahlt ist, vom Käufer nicht abgeholt werden kann, weil die entsprechend hohen Schiffe nicht in den Hafen kommen können. In der Stadtverordnetenversammlung ist die Befürchtung laut geworden, daß der Handel Memels vor dem Ruin stehe, daß es nur eine Frage der Zeit sei, daß sich der Handel von Memel nach Liban ziehe, und daß den Memeler Großkaufleuten schließlich nichts anderes übrig bleibe, als ebenfalls nach Liban auszuwandern. — Auf der Kaiserlich-königlichen Schiffbauanstalt in Danzig ist der Auslieferung der 6. Kompanie des in Danzig garnisonirenden Infanterieregiments Nr. 166 mit seinem Dienstgewehr. Schramm diente im letzten Jahr. Die Gründe zu der That sind unbekannt. — Zum Generalstabschef der französischen Marine wurde Admiral Dienaime ernannt an Stelle des Admirals Caillaud, der zum Kommandanten einer Division des Mittelmeer-Geschwaders ernannt wurde. — Die dänische Reichstagssession wurde Mittwoch geschlossen, nachdem beide Kammern die Vorlage betr. die Dampftrassenverbindung Gjedder-Barnemünde und die damit in Zusammenhang stehende Eisenbahnvorlage angenommen hatten. — Aus Konstantinopel wird gemeldet: Durch ein kaiserliches Erlaß wird der Wiederaufbau der amerikanischen Missions-Gebäude in Karput, die während der Megeleien zerstört wurden, angeordnet. Das Erdaß ist dem amerikanischen Geschäftsträger mitgetheilt worden. Hiermit scheint der Sultan den Weg der Verständigung betreten zu haben. — Die Frauen von Cleveland (U. St.) zeigten bei den jüngsten Schulverwaltungswahlen den Männern, wie man das Wahrecht als eine Bürgerpflicht zu behandeln habe. Trotz stürmischen Regens kamen von 9172 eingeschriebenen Wählerinnen 7842 zur Urne, während von 70329 stimmberechtigten Männern 31043 zu Hause blieben. — Von den Philippinen telegraphirt General Otis, daß in den Gefechten vom 15. bis zum 17. d. M. 333 Philippinos und auf Seiten der Amerikaner zwei Mann getödtet und vier Mann verwundet wurden. — Ueber eine Flottenemonstration der Mächte in den chinesischen Gewässern schweben nach offizieller Mittheilung zur Zeit Verhandlungen zwischen den europäischen Mächten darüber, ob man durch eine Flottendemonstration vor Tatu, der Hafenstadt Peking's, dahin einen Druck auf die chinesische Regierung ausüben solle, daß sie sich zur Ergreifung energischerer Maßnahmen zum Schutze der Ausländer verhalte. Ein Beschluß ist aber noch nicht gefaßt worden, weil die Mächte gleichzeitig ihre Unterhandlungen mit der Regierung in Peking fortsetzen und Aussicht vorhanden ist, daß China den jenseits der Mächte erhobenen Vorstellungen in dem Maße entgegenkommen werde, daß eine Flottendemonstration vor Tatu nicht mehr nöthig ist.

## Frankreich.

Es ist etwas Schönes um die Zivilisation, die den Wilden und Halbilden in den Kolonien gebracht wird! Der „Matin“ hat dieser Tage den Brief eines französischen Soldaten veröffentlicht, der eine Dase erobert hat und u. A. Folgendes schreibt:

Da das Schießen mit Melinitbomben fortbauerte, wurde die Kasbah (der Palast des Häuptlings) mit den Befestigungswerken zum Theil zerstört; die Infanterie schritt zum Angriff und nun konnte man sich einen Begriff machen von der vernichtenden Wirkung unserer Kanonen. Da lagen nur Leichen, Körper ohne Kopf, ohne Arme, ohne Beine, oder mit ausgehohlem Leibe; Männer, Frauen, Kinder, Pferde und Kamelre lagen unter einander, tobt, oder so gut wie tobt. Von 1200 Bewohnern wurden nur 160 gefangen; alle übrigen wurden getödtet.

Der „Matin“ macht dazu die folgenden Bemerkungen:

Das ist ihre Schuld; warum sind sie auch der Zivilisation in den Weg getreten! Gewiß, die Ueberlebenden haben ein paar unangenehme Augenblicke zu überstehen gehabt, aber welchen Ertrag bekommen sie! Sie bekommen Eisenbahnen mit Wagen I., II. und III. Klasse; sie werden den Telegraphen, das Telephon und den Phonographen kennen lernen, die sie bisher hartnäckig ignorirten; an Festtagen kommen zu ihnen Leute in gestickten Kleidern und halten ihnen Reden, in denen viel gesprochen wird von menschlicher Solidarität und sozialen Bestrebungen; die Regierung wird sie durch den Mund dieser vergoldeten Leute ihrer setzigen Fürsorge versichern lassen, und so werden sie bald einsehen, daß sie bei dem Wechsel nichts verloren haben; im Gegentheil, sie werden Alles besitzen, was wir Zivilisierten schon längst im Ueberfluß besitzen: Gelehrte, Beordnungen, Feldhüter, Steuereinnahmer u. s. w., und vielleicht bekommen sie eines Tages sogar das Stimmrecht. Dann werden sie begreifen, daß man sie nur zu ihrem eigenen Besten mit Melinitbomben beschossen, ihre Kasbah zerstört und ihre Brüder, Frauen und Kinder hingemordet hat. Der Gedanke, daß sie dann auf dem schändlichen Titel von Zivilisation Anspruch machen können, wird sie trösten!

Bitter, aber wahr!

## Italien.

Unsere italienischen Genossen haben einen bemerkenswerthen Sieg zu verzeichnen. Einer der bisherigen Vertreter Mailands im Parlament, der Radikale Russi, wurde zum Sindaco (Bürgermeister) gewählt, wodurch sein Abgeordnetenmandat hinfällig wurde. Für die dadurch erforderliche Wahl, die am Sonntag stattfand, stellten die Sozialdemokraten den Professor Cicotti als Kandidaten auf. Von 199 abgegebenen Stimmen fielen 195 auf Cicotti, der nun in's Parlament einziehen wird. Mailand hat seinen Ruf, die Hochburg des italienischen Sozialismus zu sein, glänzend gewahrt.

## Transvaal.

**Vom Kriegsschauplatz.** Aus den neuesten Meldungen geht hervor, daß Roberts aus seiner bisherigen Unthätigkeit sich endlich auferafft hat und von Blumfontein aus vorrückt. Seine neuesten Operationen bezwecken einen stillen Vorstoß gegen den Hauptgeneral Dlubier. In London erwartet man mit Spannung Nachrichten von den neuen Operationen. Roberts meldet bisher nur unter dem Datum vom 25. April aus Blumfontein:

Dienstag Abend traf die Division Pole Carew ohne Verluste in Robodek op ein. Der Vormarsch der Division war durch Kavallerie und reitende Artillerie gedeckt, die den Feind mit schweren Verlusten zurücktrieb. Heute früh überschritten die berittenen Truppen bei Balabant den Modderfluß nach meiner dem General French gegebenen Anweisung, um quer über die Rückzugslinie des Feindes Stellung zu nehmen. Die Buren gaben jedoch, offenbar durch French's Erscheinen beunruhigt, ihre starke Stellung bei Demet'sdorp während der Nacht auf. General Chermide befehligte diese darauf heute früh. Die berittene Infanterie unter General Hamilton vertrieb, ohne Verluste zu erleiden, den Feind von allen Kopjes in der Nähe der Wasserwerke. Die Hochlandbrigade hatte gefehlt, um Hamilton zu Hüfte zu eilen, einen Marsch von 24 englischen Meilen ausgeführt. Nachdem Demet'sdorp besetzt ist, es nicht wahrscheinlich, daß sich um Wepener herum viel weitere Schwierigkeiten ergeben.

Lord Roberts telegraphirte weiter: In den Kämpfen, die der Besetzung von Demet'sdorp vorausgingen, wurden ein Offizier getödtet, zwei Offiziere und 22 Mann verwundet.

Aus Majeru meldet Reuters Bureau vom Dienstag Abend: Bis jetzt ist die von Norden kommende britische Entsatzkolonne nicht in Sicht. Die Buren leistten dem Vorstoß der Generale Hart und Drabant, die heute nur einen geringen Fortschritt machten, energischen Widerstand. Es laufen hartnäckig Gerüchte um, daß der Burenkommandant Dlubier mit 1500 Mann im Rücken von Hart einen Angriff vorbereite.

Märlisch von Blumfontein machte am Dienstag früh General Luder mit der 7. Division eine Demonstration von Karee Siding ostwärts.

Dem Reuterschen Bureau“ wird ferner aus dem Burex-Lager bei Fourteenkreams (nördlich von Kimberley) vom Dienstag gemeldet: Bei Tagesanbruch eröffneten die Engländer aus 4 Schiffen und mehreren Artilleriegeschützen ein heftiges Bombardement auf das Burenlager. Es wurde mit Lydditgeschrapneln und Granaten geschossen, bis jetzt jedoch wenig Schaden angerichtet, 4 Buren wurden verwundet. Die Buren richteten Artilleriefeuer gegen die Besatzungen der Engländer. Später folgte längs des Flusses Gewehrfeuer, bei dem mit großer Genauigkeit geschossen wurde; 2 Buren-Artilleries wurden getödtet, die Verluste der Engländer sind unbekannt.

Lady Clara Wilson, die Korrespondentin eines Londoner Blattes, telegraphirte unter dem 9. April aus Mafeking, daß das Kleinstbrot, das man neuerdings esse, sehr viele Krankheiten hervorruft und daß die Nachicht von Oberst Plumer's Niederlage schreckliche Enttäuschung im Gefolge hatte. Die Garnison sei nervös abgesehen. Zahlreiche Typhusfälle kamen vor; bis Ende März verlor die Garnison 163 Mann.

Die „Köln. Btg.“ meldet aus Oporto, am Donnerstag seien in portugiesisch Beira, von Queensland kommend, fünf englische Transportdampfer mit 1100 Reitern, 1200 Mannschaften, Karren und anderem Material für den Eisenbahnbau, sowie eine große Anzahl Beschäftigter eingetroffen. Für Mai wird das Einlaufen weiterer 22 englischer Transportdampfer mit Schlachtvieh, sowie Lebensmitteln und weiterer Mannschaften erwartet. In den Zollhäusern von Lourenço Marques beschloß die englischen Beamten mehr als die portugiesischen.

Ein Buren, der den Engländern als Führer diente, wurde in Krounstad zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt, was gegenüber den Urtheilen, die die Engländer gegen die im Dienste ihrer Landsleute und Stammesgenossen betroffenen Buren, die dort zur Küßengländer sind, sehr milde ist.



## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 26. April.

**Arbeiter! Haltet den Zuzug Arbeitswilliger fern!**

Achtung! Zuzug von Arbeitern, Kutschern und Brauereien ist von sämtlichen Brauereibrauereien streng fernzuhalten.

Achtung, Schmiede, Kesselschmiede und deren Hilfsarbeiter, Schuhmacher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Die Bureaus befinden sich: Schuhmacher, Lederstraße 3 bei Leese; Schmiede, Kesselschmiede, Hundestraße 101 bei Spahrman.

Achtung! Sämtliche Brauereibetriebe haben die Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt. Ihre Arbeiter sind daher zum Streik gezwungen. Die Arbeitererschaft wird daher wissen, was sie jetzt zu thun hat. Niemand hat bewilligt. Alle Brauereibetriebe sind gleich.

Der Tapezierstreik ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet, die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Sperre ist somit aufgehoben. Näherer Bericht folgt.

Zum Schmiedestreik. Die Zahl der Ausständigen hat sich um 23 Mann vermehrt, welche sich geweigert haben, Arbeiten am Feuer zu verrichten. Ihnen ist bedeutet worden, sie müssten so lange aussetzen, bis die Schmiede wiedererkennen oder Erlaubnis für sie beschafft wäre. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet in den „Centralhallen“ eine öffentliche Versammlung statt, in der sich die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft mit dieser Maßregelung befassen werden.

Zur Streikpostenverordnung des Senates schreibt die Berliner „Volksztg.“: „Dadurch wird auf polizeiliche Weise ein Ausnahmerecht gegen Arbeiter geschaffen, das die verflozene verscharrte Zuchtstrafvorlage vergeben zu schaffen bemüht gewesen ist. Was erreicht man damit, wenn man auf diese Weise bei dem Arbeiter das „Küchlein des ganzen inneren Menschen“ hervorruft? Dadurch arbeitet man nur der Sozialdemokratie in die Hände.“ — Stimmt!

Zum Streik der Schuhmacher. Nicht bewilligt haben: Hugo Haendler, Breitestraße 56 (Laden), Rosenberg, Mühlenstraße (Laden), Kamm, Charlottenstraße, Straubing, Moiskinger Allee (Laden), Johannsen, Blockquerstraße, Ruusch, Schulstraße, Kröger, Gräfstraße, Straubing, Fischstraße, Lange, Schlüsselbuden, Bland, Schmiedestraße, Westphal, Beckergrube, Vobe, Blücherstraße, Töbter, Engelsgrube, Kamm, Hügstraße. Das Streikomitee richtet an die arbeitende Bevölkerung Lübecks, in deren Händen es liegt, den Ausständigen Hilfe zu verleihen, erneut die Bitte um moralische Unterstützung.

Das Gewerkschaftskartell hielt gestern Abend eine geschlossene Sitzung ab. Zunächst wurde über die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter verhandelt. Sämtliche Nebentaxen auf das schärfste die Haltung der Besitzer, welche sich weigern, mit der Lohnkommission zu unterhandeln. Die Arbeitererschaft wird aufgefordert, ganz energisch für die im Lohnkampfe befindlichen Brauereiarbeiter einzutreten. **Beschlossen ward und zwar einstimmig, über sämtliche Brauereibetriebe den Boykott zu verhängen.** In der nächsten Woche werden in der Stadt und den Vorstädten drei Volksversammlungen sich mit der Frage beschäftigen, auch wird in anderer Weise noch die

Bevölkerung über die Ursachen und den Stand des Streiks aufgeklärt werden. — Die Schmiede erstatteten über den Stand ihres Streiks Bericht, woran sich eine längere Diskussion knüpfte. — Die Maurer haben ihren Austritt aus dem Kartell angemeldet. Dieser Schritt, wie auch die dafür geltend gemachten Motive fanden allgemeine Mißbilligung.

Gegen das allgemeine Wahlrecht zieht das Amtsblatt zu Felde. Diesen nationalliberalen Streich merken wir uns für etwaige Wahlen.

Ortskrankenkasse in Lübeck. Die ordentliche Generalversammlung der Vertreter findet am Sonntag den 29. April 1900, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Hause des Bürgervereins, Königstraße 25, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Jahresbericht und Rechnungsablage. 2. Abnahme der Jahresrechnung. 3. Neuanstellung eines Voten. 4. Wahlen zum Vorstande und Rechnungsprüfungsausschusse. 5. Verschiedenes. Die Erfahrmänner der Generalversammlungskomitee, sowie die freiwilligen Krankenkassendirektoren können der Versammlung als Zuhörer beizuwohnen.

„Wir treiben hier keine Politik“ hat nach der „E.Z.“ Herr Oberleutnant Neumann im Kameradschaftsbunde erklärt. Dabei befaßt sich der Bund intensiver mit Politik, als vielleicht manche rein politischen Vereine.

Kiel. Arbeiterisiko. Auf der Kaiserwerft ereignete sich Dienstag Abend ein Unglücksfall. Zum Zweck des Einsetzens einer neuen Panzerplatte in den Kumpf des Panzers „Hagen“ wurde eine Platte mit der Freihandwinde aufgewunden. Der eine Hebelarm brach ab und die Leute, welche den anderen festhielten, konnten diesen allein nicht mehr halten. Der Hebelarm schnellte zurück und erschlug zwei Arbeiter.

Für den Inhalt der Interate übernimmt Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wir erziehen unsere Leser, diejenigen Schritte, welche im Lübecker Volksboten zu veröffentlichen und bei event. Entwürfen sich auf unser Blatt zu berufen.

Logis zu vermiet. Bedenrg. 93, II.

Zum 1. Mai ein tüchtiges Mädchen.

Frau J. Voss, Alsterstraße 18.

Gesucht zu sofort ein kräftiger Laufbursche.

T. Buhrmann, Goltzenstr. 23.

Tüchtige Malergehilfen gesucht.

R. Sien, Knochenstraße 6a.

Leere Weinflaschen

werden gekauft. Süßstraße 94.

Kartoffeln zu verkaufen

lad- und saßweine, Wurden zum Futter. Elbwigstraße 24a, I. Etg.

Empfehlungs-Karten

empfehlen Friedr. Meyer & Co.

Sich gebe:

Rabattmarken

ohne Erhöhung meiner Preise. Meri. Meiereibutter Bld. 1,05 Mt. Feinste Süßrahm-Margarine

aus den renommierten Werken von Jorgen & Prinzen

Marke Creme Bld. 60 Pfg.

Feine Tafel Bld. 50 Pfg.

Preisgekr. Patent-Margarine

Marke Bitello Bld. 70 Pfg.

Schmalz

Pa. Flohmenschmalz Bld. 65 Pfg.

Garant. reines Schweineschmalz

Bünd 48 Pfg.

Prima Speisetalg Bld. 40 Pfg.

Ger. Schweineköpfe

Bünd 35 Pfg.

Fordern Sie bitte

Rabattmarken

C. Harz

60a Breitestraße 60a

27 Sandstraße 27.

## Die reich ausgestattete

# Maifest-Zeitung für 1900

mit einem Titel- und einem Vollbild  
Preis pro Exemplar 10 Pfg.

ist jochen zur Ausgabe gelangt und nur zu beziehen durch die Austräger und Austrägerinnen von **Friedr. Meyer & Co.** und durch die **Expedition des „Lübecker Volksbote“**, Johannisstraße 50.

## Christian Vollert's Restaurant

Schlumacherstraße 14.

Neu renovirt.  Neu renovirt.

Meinen werthen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage als Geschäftsführer eingetreten bin. Gute Speisen und Getränke verabfolgen zu wollen, versprechend, bitte um geneigten Zuspruch.

Lübeck, den 25. April 1900.

Hochachtungsvoll **Friedrich Schulz**

Lohnbedienter.

**Spirituosen**  
aller Art, in Gebirgen, Flaschen und Kleinverkauf hält in vorzüglichen Qualitäten bestens empfohlen.  
**Ludw. Hartwig**  
Überstraße 8.

**Sämtliche Colonial-Waaren**  
insbesondere frisch gebrannten Caffee in vorzüglicher Güte per Bld. 20, 100, 120, 140 Pfg., schöne Pflaumen, per Bld. 20, 25, 30 Pfg., prima Schmalz, Bld. 60 Pfg., hochfeine Margarine, Bld. 50, 60, 70 Pfg., die Käse, Bld. 50, 60, 80 Pfg., Salzgurken und hochfeine große Frühlinge, Kraumesser Doppel-Kümmel u. alle sonst. Spirituosen empfiehlt billig und schnell.  
**Rud. Kracht, Hauptb. Allee 40.**  
NB. Schnellste und zuverlässigste Bedienung.

**Kartoffel!**  
Alle gangbaren Sorten in tadelloser Waare empfiehlt billigst.  
**Karl Voss, Alsterstraße 18.**  
**Feinste Herren- u. Knabenanzüge**  
Eigentlich billig! im Ausverkauf!!!  
Ferner: Badschür-Hosen, Westen, Arbeits-Garderober, Hemden, Hosen, Strümpfe, Hütten, Mützen u. alle Art Kinder-, Damen- und Herren-Linien, Leder- und Filz-pantoffeln u. s. w. empfiehlt in größter Auswahl und Billigkeit.  
**Rud. Kracht, Hauptb. Allee 40.**

Bürgerlicher Mitragstisch  
Mittagsessen 30 und 40 Pfg., Abendessen 30 Pfg.  
**Frau Rieck, Mengstraße 21, part.**

**Schnell-**  
trocknend und von hohem Glanz!  
**Fussbodenöle u. Lacke**  
in bester Qualität empfiehlt  
**Ferd. Kayser**  
Breitestraße 81, vis-à-vis d. Markt u. Rathhaus.

**Drahtgeflecht**  
**Einfriedigungsdraht**  
Feld- und Gartengeräthe  
zu billigsten Preisen.  
**Emil Seidel & Co.**  
Lübeck, Gr. Burgstraße 40.

**Achtung!**  
**Lastadie-Arbeiter**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Freitag den 28. April  
Abends 8 1/2 Uhr.  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Berathung der zur General-Versammlung ge-fellten Anträge.  
3. Fragekasten und Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand.**

## Grosse Auction

am Freitag den 27. April,  
Nachmittags 2 1/2 Uhr

### 41 Sandstraße 41

über: 2 Kleiderschränke, 1 gute Laden-Einrichtung, ein- und zweischläfliche Bettstellen, 2 Mahagoni-Commoden, Spiel- und andere Tische, Stühle, 1 antiker Wajstisch, Pfeilerschrank, 2 bequeme Schlaf-Sophas, Waschtische, 1 Decimalwaage mit Gewichten, 1 Tafelwaage, 2 Hundertliter-Maasse, 1 Faß- und 1 1/2-Faßmaß, eine **Schwitz-Karre**, eine Partie Schraub-zwingen und Hobeln, 10 Mille ff. Cigarren, getragene Kleidungsstücke, 1 Trittleiter, Wajst-balg, 1 Hannoverischen Tragkorb und vieles nicht Genannte mehr.

**Joachim Ch. B. Schmehl,**  
Auctionator und Taxator

## Mai-Feier.

Freitag Abend 9 1/2 Uhr,  
nach der Generalprobe der  
**Sänger, Comitee-Sitzung**  
sämtlicher Süßcomiteemit-glieder im Saal.

Das Comite.

 **St. Jürgen-**  
**Liederkranz.**

**Stiftungs-Fest**  
am Sonntag den 29. April 1900  
im Concordia-Garten.  
Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.  
Karten im Vorverkauf à 60 Pfg. bei den  
Vorstandsmitgliedern.  
**Der Vorstand.**

## Circus Jansly.

Heute Freitag, Abends 8 Uhr:  
Wer lachen will, muss heute  
in den Circus gehen!

## Clown- u. Komiker- **Vorstellung**

Brillantes, urkomisches Programm.  
**Witz! Laune! Humor!**  
Sämtliche Clowns und Anzug werden  
in ihren besten Nummern brilliren und  
viele neue Herrschaften bringen, u. A.:  
**Concurrenz-Amateurreiten.**  
Ausgeführt von einigen jungen Leuten von hier.  
**Prämie 50 Mk.**  
erhält Derjenige, welcher im Stande ist, 3 Mal  
stehend auf galoppirendem Pferde in der Manege  
herunterzufallen, ohne herunterzufallen.  
Zum Schluss: **Neu!**  
**Monsieur und Madame Denny**  
höchst komische Reit-Scene.  
Sonntag den 29. April:  
**2 Vorstellungen**  
Nachm. 4 und Abends 8 Uhr.  
Näheres durch die Tageszettel.



## Dritter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Verhandlung begann Donnerstag mit einem Referat des Kollegen Robert Schmidt-Berlin über die Tarifgemeinschaft. Die Ausführungen desselben sind in folgender Resolution zusammengefasst:

Der Verbandstag schließt sich in seinem Urtheil über die Tarifgemeinschaft den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses an. Soweit sich in unserem Berufe Gelegenheit findet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter abzuschließen, sind solche anzuknüpfen. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen. Wir betrachten es als Aufgabe der Verbandsleitung resp. der Verwaltung der Zahlstellen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachtheil der in unserem Berufe beschäftigten Kollegen ausarten können.

Wir verkennen dabei nicht, daß gerade die eigenartigen Verhältnisse in unserem Gewerbe dem Abschluß der Tarifverträge vielfach hinderlich sind. Die besonders in großen Betrieben und bei Massenfabrikation übliche Affordarbeit erschwert wegen des Wechsels der Muster, der verschiedenen technischen Hilfsmittel und der ganz regellos eingeführten Theilarbeit die Aufstellung von Tarifen.

Es wird mithin bei dieser Arbeitsmethode nur möglich sein, durch Festsetzung von Minimalverdiensten in Afford- oder bei Lohnarbeit, Abgrenzung der Arbeitszeit, Bezahlung von Nebenarbeiten, Beseitigung des Kost- und Logiswessens und anderer Forderungen die Grundlage für einen korporativen Arbeitsvertrag zu schaffen.

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne die Organisation solche Vereinbarungen keinen Rückhalt haben.

Rob. Schmidt.

Diese Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Hierauf wurde in die Statutenberathung eingetreten. Der Berichterstatter der Statutenberathungskommission gab bekannt, daß sich die Kommission für die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 25 Pf. entschieden habe. Dafür könne die Streikunterstützung vom ersten Tage an gewährt werden. Mit 58 gegen 22 Stimmen beschloß nach kurzer Debatte der Kongreß die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 25 Pfennig. Der Beitrag der weiblichen Mitglieder bleibt wie bisher 10 Pf. Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung durch die Urabstimmung. — Die übrigen wichtigeren Beschlüsse des Kongresses seien hier kurz angegeben. Das Eintrittsgeld wurde von 40 auf 50 Pf. erhöht. — Der Beitrag wird in Zukunft von der Streikunterstützung nicht abgezogen. — Die Zahlstellen sind nach eingeholter Zustimmung des Verbandsvorstandes berechtigt, die Mitglieder zur Zahlung eines lokalen Ertragsbeitrages neben dem Verbandsbeitrag zu verpflichten. § 4 a: Ist die Arbeitslosigkeit die Folge eines vom Verbandsvorstand genehmigten Streiks oder einer Maßregelung, so kann eine erhöhte Unterstützung, und zwar an ledige Mitglieder 1 Mark 50 Pf., an Verheiratete 2 Mark pro Tag, eventuell schon nach vierteljährlicher Mitgliedschaft und auch auf längere Dauer als 36 Tage gewährt werden. — Der Höchstbeitrag des Sterbegeldes wird von 50 auf 75 Mark erhöht. — Im Protokoll wird festgelegt, daß der Vorstand berechtigt ist, Maßregelungs-Unterstützung in Höhe von 15 bis 18 Mark wöchentlich zu gewähren. — Der Zahlstellen-Verwaltung verbleiben 30 Prozent des erhöhten Beitrages.

Die Anstellung besoldeter Gewerkschaftsvorsteher wurde

vom Kongreß befürwortet. Die Besoldung ist von der Zahlstelle und von der Gaultasse aufzubringen. Die Wahl erfolgt vom Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß.

Der Antrag Flensburg, die Eintheilung der Wahlabtheilungen zum Kongreß derart zu gestalten, daß statt auf 800 auf je 1000 Mitglieder ein Delegirter entfällt, wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag, der Kostenersparniß wegen nur alle vier Jahre statt wie bisher alle zwei Jahre den Kongreß einzuberufen.

Gefallen sind u. A. die Anträge auf Gewährung eines Krankengeldes, sowie der Antrag, den aus anderen Verbänden zum Holzarbeiterverband übertretenden Kollegen das Eintrittsgeld zu erlassen und ihnen die gleichen Rechte zu gewähren, die sie bei gleicher Dauer der Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband erworben hätten. Ferner einen obligatorischen monatlichen Streikbeitrag einzuführen, um das Sammelstellenwesen auszuwetten. — Dann der Antrag, die Reiseunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mk. pro Tag zu erhöhen. Der Antrag, die Neuwahl der Lokalverwaltungen im Juli statt wie bisher im Januar vorzunehmen, wurde ebenfalls abgelehnt. — Dem Verbandsvorstand das Recht zur Einberufung einer Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsvorsteher zu ertheilen, lehnte der Kongreß gleichfalls ab.

Die Statutenberathung wurde damit beendet. Das neue Statut soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten, wenn die Urabstimmung die Beschlüsse des Verbandstages bezüglich der Beitragshöhe sanktionirt.

Das Streikreglement wurde wie folgt umgeändert: Streikunterstützung wird erst nach einer Karenzzeit von 13 Wochen gewährt. Mitglieder, welche diese Zeit nicht erreicht haben, erhalten während der ersten vier Wochen des Streiks keine, nach Ablauf dieser Zeit die Hälfte der Unterstützung. Im Uebrigen werden die Mitglieder, welche die Karenzzeit erreichten, vom ersten Tage des Streiks an unterstützt. Die Unterstützung beträgt 12 Mark für Werksrathete, 10 Mark für Ledige, 60 Pf. für jedes Kind.

Zum Punkt 8 der Tagesordnung wurde seitens der Stuttgarter Delegirten beantragt, den Sitz des Vorstandes aus Stuttgart zu verlegen; ferner seitens der Zahlstelle Hannover, das Gehalt der Hilfsarbeiter dem der Vorstandsmitglieder gleichzustellen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Annahme fand ein Antrag der Kommission für Statutenberathung, das Gehalt der Vorstandsmglieder und Hilfsarbeiter um je 10 Mark pro Monat zu erhöhen.

Die Wahl des Vorstandes ergab: Karl Klotz, 1. Vorsitzender; Th. Leipart, 2. Vorsitzender; Bohne, Hauptkassirer; Schneeguß, Sekretär. Sitz des Ausschusses ist Berlin. Eine Reihe von Anträgen, welche sich mit dem Adressenverzeichnis und Regelung des Arbeitsnachweises beschäftigten, wurden abgelehnt.

Dem Vorstande überwiesen wurde ein Antrag der Zahlstelle Münster a. D., nach dem die Sitzmüßfabrikanten Deutschlands sich in einer Organisation vereinigt, eine örtliche Lohnbewegung daher erschwert sei, eine gemeinschaftliche Lohnbewegung aller Stuhlmacher Deutschlands herbeizuführen.

Der nächste Verbandstag soll 1902 in Mainz abgehalten werden.

Zu dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris wird der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Köstke, als Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes bestimmt. Derselbe soll in der Zeitung eingehend über die Pariser Weltausstellung referiren. Beschlossen wurde ferner, daß auf dem nächsten deutschen Gewerkschaftskongreß der Deutsche Holzarbeiterverband durch ein Mitglied des Vorstandes, ein Mitglied des Ausschusses und durch weitere zehn Delegirte vertreten sein soll.

Der Verbandstag war damit am Schluß seiner Arbeiten angelangt. Nach einer begeisterten Rede des Verbands-

vorstehenden Klotz wurde der Verbandstag am 21. April, Mittags 1 Uhr, mit einem dreifachen Hoch auf das weitere Wachsen, Blühen und Gedeihen des Verbandes geschlossen.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Luden-walde befinden sich die Zimmerer in Lohnbifferenzen. — In den Pflastersteinbrüchen am Bramberg bei Abelsbexen (Hannover) sind die Arbeiter in den Ausstand getreten, um eine Lohnerhöhung zu erwirken. — Die Lohnbewegung der Mainzer Rempner ist durch gütliche Vereinbarung zwischen der Innung und dem Gesellenauschuß beigelegt. — Die Mainzer Gärtnergehülfen streben eine Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der freien Station an. — Die Forderungen der streikenden Nürnberger Eisenformer lauten: 54 stündige Arbeitszeit, Minimallohn von stündlich 35 Pf. für Winderjährige und 40 Pf. stündlich für Grobjährige und Erhöhung der Stundenlöhne um 15 pCt. für Former, Kernmacher und Hilfsarbeiter, Einführung einer besseren Lüftung der Gießereien durch entsprechende Ventilationsvorrichtungen, Anschaffung von Garderobeschränken, strenge Aufrechterhaltung des Schiedsgerichtspruchs vom Jahre 1894 und Auszug desselben an sichtbarer Stelle, Anschaffung von Lohn- bezw. Affordbüchern. Alle Anfragen z. zu richten an: Adolf Geng-Ettrich-Näß, Nürnberg-Glaishammer, Gasthaus Goldener Engel. — Die Münchener Holzarbeiter sind in eine Bewegung behufs Aenderung der bisherigen Arbeits- und Werkstattdordnung in Bezug auf Arbeitszeit, Ueberstunden, Affordarbeit und Lohnzahlung eingetreten. — Die Aussperrung der Former bei der Firma Rittershaus u. Blecher in Barmen ist durch einen Vergleich beendet.

**Eine Versammlung der Schlachtergesellen** Berlins beschloß die Gründung eines Zentralverbandes der Schlachtergesellen Deutschlands.

**Der internationale Sozialistenkongreß** findet nach einer Einladung des Generalkomitees, die im „Vorw.“ veröffentlicht wird, vom 23. bis 28. September d. J. in Paris statt. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgestellt: 1. Ausführung der Beschlüsse des Kongresses, Untersuchung und Anwendung der praktischen Mittel zur internationalen Verständigung, Organisation der Aktion der Arbeiter und der Sozialisten; 2. Internationale Arbeitergesetzgebung zur Begrenzung des Arbeitstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohns in den verschiedenen Ländern; 3. Die zur Befreiung der Arbeit notwendigen Bedingungen: a) Konstituierung und Aktion des als Klassenpartei organisierten Proletariats; b) politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftung der Produktionsmittel; 4. Internationaler Friede, Militarismus, Abschaffung der stehenden Heere; 5. Kolonialpolitik; 6. Organisation der Seeleute; 7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk; 8. Gemeinde-Sozialismus; 9. Die Eroberung der öffentlichen Gewalt und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien; 10. Der erste Mai; 11. Die Truffs. Seit Vereinbarung der obigen Tagesordnung hat die sozialistische revolutionäre Arbeiterpartei den Nationen folgendes Amendement vorgeschlagen, dessen Einfügung in die Tagesordnung von 6 Nationen unter 11 beschlossen worden ist:

„Macht die wachsende Konzentration der Kapitalien, die zunehmende ökonomische Unordnung, die durch politische Mittel nicht abzuändern ist, und die daraus hervorgehende Verschlechterung in der Lage der Arbeiter nicht einen direkten Konflikt zwischen der Arbeit und dem Kapital unvermeidlich, welcher Konflikt die Gestalt des Generalstreiks annehmen muß?“

Zum Schluß der Einladung heißt es: „Ein späteres

## Die Sünden der Väter.

Roman von Osterloh.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als wolle er alle unangenehmen Gedanken von sich abschütteln, rechte Bernhard kräftig die Arme aus und athmete tief auf.

„Wie wohl das thut, wieder einmal zu Hause zu sein.“

Es war Abends um die achte Stunde, und die beiden Männer saßen ganz allein in dem Andree'schen Wohnzimmer.

„Meinem Hunger nach hätte schon vor zwei Stunden Essenszeit sein dürfen. Ob denn die Mutter und Martha nicht halb zurückkommen werden?“

Dievenow sah auf seine Uhr und suchte mit den Achseln. „Frau Elfe behält sie immer bis zum letzten Augenblick.“

„Sehr anspruchsvoll meine kleine Schwester. An Ihrer Stelle als Bräutigam würde ich mir das nicht bieten lassen. Denn es geht ihr doch gut, der Elfe?“

„Wie ich höre, ja. Der Arzt sei mit dem Befinden zufrieden, erzählte mir Martha. Gestern ist Frau Ziel zum ersten Male aufgestanden.“

Elfe war krank gewesen. Sie hatte zum tiefsten Leidwesen ihres Mannes um mehrere Monate zu früh ein todttes Kind geboren. Jetzt war alle Gefahr für sie vorüber; nur der Schonung und der Ruhe bedurfte sie noch. Und die genoh sie in vollster Maße. Wie eine Prinzessin lag sie auf dem Sopha, das weiße Wärenfell über die Füße gebreitet, ein elegantes Häubchen auf dem zierlich frisirten Haar; eine Fülle der schönsten Blumen in Töpfen, Vasen und Körben um sie herum, und Gatte, Mutter und Schwester wetterfeierten, jeden ihrer Wünsche zu erfüllen. Martha, von häus-

lichen und bräutlichen Pflichten in Anspruch genommen, fand eigentlich, daß ihre Gegenwart hier überflüssig sei; allein Elschen sah gern viel Menschen um sich, ein Vergnügen, das sie sich sonst durch ihre Ausgänge zu bereiten verstand, und das ihr jetzt sehr fehlte. Und man mußte Elschen allen Willen thun, man durfte Elschen nicht aufregen.

### XVIII.

In dem Bielschen Salon wartete ein Herr. Er hatte dem Schreiber seine Karte gegeben und nach dem Rechtsanwält gefragt. — Der sei augenblicklich beschäftigt. Ob sich der Herr nicht ein paar Minuten gedulden wolle? Er werde ihn sobald als möglich melden.

Darüber war jetzt bald eine Viertelstunde vergangen. Der junge Mann durchmaß mit ungeduldigen Schritten das Zimmer. Die zeitige Dämmerung verdichtete sich mehr und mehr. Es war fast dunkel um ihn herum. Schlossen doch die schweren Portieren, das mobische Uebereinander mehrfacher cremefarbener Vorhänge selbst in den längsten Sommertagen das helle Licht aus und ließen den Raum in ein mythisches Dunkel gehüllt erscheinen; und nun gar heute bei dem braungrauen Zwielficht eines nebligen November-Nachmittags.

Der Wartende trat ans Fenster, entfernte das gelbliche Spitzengewebe und blickte herab auf das bewegte Straßensbild. Heute war er dieselben Wege gegangen, wie vor Jahren, aber niemand hatte den Hut vor ihm abgenommen oder ihn freundlich zugewinkt, wie ehemals.

Er lehnte den Kopf nachdenklich gegen die Fensterscheibe. Im Hause gegenüber waren die Gasflammen angezündet worden, und ein heller Lichtschein fiel gerade auf das Gesicht des jungen Mannes: ein Nordländergesicht, gebräunt unter dem Einflusse eines südlichen Klimas; das Blondhaar nachgedunkelt, nur der kurzverschrittene, etwas fackelige

Bart von hellerer Färbung und die Augen blau und hellleuchtend, den energischen Ausdruck der festen Züge freundlich milbernd.

Plötzlich wurde die Mittelhür hastig geöffnet. In der Erwartung, den Rechtsanwält eintreten zu sehen, verließ der junge Mann die Fensterscheibe und schritt nun rasch der Mitte des Zimmers zu. Er war nicht wenig erschrocken, sich unermuthet einer Dame gegenüber zu finden. Auch diese war leicht überrascht durch die aus dem Dunkel auftauchende Gestalt.

„Entschuldigen Sie“, sagte sie flüchtig. „Ich wußte nicht, daß jemand hier wartete.“ Und schon war sie an ihm vorübergeil. Im selben Augenblick trat der Schreiber ins Zimmer, in der Hand eine Lampe, die er auf einen Mittelstisch stellte. Er mochte sich des Wartenden erinnern haben und brachte ihm nun Licht, indem er zugleich ankündigte, der Herr Rechtsanwält werde sehr bald erscheinen.

„Gut, gut.“ Beim Klange dieser Stimme wandte sich die Dame unwillkürlich noch einmal um. Die Lampe beleuchtete ein schöngeformtes dunkles Mädchenantlitz, und: „Fräulein Andree!“ rief mit freudiger Betonung der junge Mann.

Martha kniete. Sie war ihrer Sache noch nicht ganz sicher, und doch begann ihr Herz mächtig zu klopfen. Diese schönen blauen Augen — sie hatte sie nicht vergessen; und die weiche volle Stimme — berührte sie nicht eine Saite, die lange nicht mehr geklungen und die nun wieder anfang zu vibriren und es doch nicht sollte. Warum regte sie das Wiedersehen so auf mit einem, mit dem sie fertig war für immer?

Der andere deutete ihr zögerndes Schweigen falsch. „Sie kennen mich nicht mehr?“ begann er von neuem. „Ich habe mich freilich sehr verändert, während Sie —“ Sie unterbrach ihn hastig.

„Nicht doch. Ich entsinne mich jetzt. Herr Graf Hansen.“



# Aus Nah und Fern.

Jichlar wird den Genossen und Kameraden mittheilen, welche Dispositionen der gesammte, in dem Gedanken der Verständigung und gemeinsamen Aktion einige französische Sozialisten getroffen hat und trifft, um den Delegirten aller Länder die brüderlichste Gastfreundschaft zu gewähren und um, im Angesicht der Welt, den Erfolg, den Glanz und die Größe des fünften internationalen Parlaments der Arbeiterklasse und der sozialistischen Partei zu sichern."

**Schwarze Listen und § 153 R.-G.-O.** Die Verabredung unter Gewerbetreibenden, bestimmte mißliebige Arbeiter nicht zu beschäftigen, giebt nach einem Erkenntnis des Kammergerichts dem betreffenden Arbeiter keinen Anspruch auf Ersatz etwaigen Schadens! Die Mitglieder des Vereins der Berliner Wollfilz-Fabrikanten sollen eine Verabredung dahin getroffen haben, die einem Vereinsmitgliede mißliebige gemordeten Arbeiter in eine sogenannte schwarze Liste eintragen zu lassen und keinem Arbeiter Beschäftigung zu geben, der nicht einen Nachweisechein der Arbeitsnachweisstelle des Vereins vorlege. Ein Arbeiter, der aus einer Fabrik durch den Hinweis auf diese Verabredungen und die Androhung einer Konventionalstrafe seitens der Fabrikhaber entlassen worden war, hatte eine Schadenersatzklage angehängt. Er hatte ausgesöhrt, daß diese Handlungsweise gegen die "guten Sitten" (§ 826 B. G.-B.) verstoße. Das Kammergericht hat diese Frage nicht weiter erörtert, da der Fall vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches sich ereignet habe. Eine andere Frage wäre, ob etwa der Verklagte gegen § 153 R.-G.-O. verstoßen hat und aus einer der dort vorgesehenen unlauteren Handlungen schadenersatzpflichtig ist. Auch dies hat das Kammergericht verneint. Fener Paragraph bedrohe u. A. denjenigen mit Strafe, der Andere durch Drohungen oder durch Berufserklärung bestimmt, oder zu bestimmen versucht, Verabredungen der im § 152 bestimmten Art Folge zu geben. Die hier in Frage stehende Verabredung der Vereinsmitglieder charakterisire sich nun aber nicht als eine solche zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern als eine Verabredung zu dem Zweck, die Arbeitgeber vor der Einstellung von Arbeitern in ihr Fabrikpersonal zu sichern, welche bezüglich ihrer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit keine Garantie bieten. Da nun derartige Verabredungen nicht unter das Verbot des § 153 R.-G.-O. fallen, so können die §§ 152 und 153 überhaupt zur Stützung des Schadensersatzanspruchs nicht herangezogen werden. — Formell mag das Urtheil des Gerichts richtig sein; aber wie steht es mit den Verabredungen der Arbeiter bei Streiks?

**Viel Kopferbrechen** macht unseren Segnern der sozialdemokratischen Landtagskandidat für Nürnberg, Dr. v. Haller, über den sich die "Neue Bayer. Ztg." folgendermaßen vernachlässigt: "Es ist unerwünscht und politisch ein großer Mißstand, daß in der Abgeordnetenkammer die Abgeordneten nach und nach verschwinden sind. In einer Volksvertretung sollten alle Stände vertreten sein. Wir registriren mit einem gewissen Aerger, daß die einzigen Abgeordneten der Kammer unter den Sozialdemokraten sich befinden: Es ist der Abg. v. Volkmar, der demnachst als Fraktionskollege in der Nürnberger Nachwahl der Dr. med. Frhrn. Haller v. Hallerstein erhält. Herr Frhr. v. Haller ist am 22. Oktober 1861 als ein Igl. bayer. Major geboren. Die Haller sind eines der ältesten und angesehensten Patriziergeschlechter in Nürnberg, erhielten schon 1433 eine sogenannte Wappenerbesserung und sind Freiherren seit 1790. Baron Haller ist Gutsbesitzer in St. Alban am Ammersee; er ist als Gewähr seiner Nichte mit dem Gouverneur von Ingolstadt, Generalleutnant von Landmann, dem Regierungspräsidenten Freiherrn von Welsch und dem nationalliberalen Nürnberger Parteiführer Justizrath Frhrn. v. Krefz von Krefzenstein nahe verwandt. Sein Bruder ist Rittmeister und war bis zum Adjutant der 5. Kavalleriebrigade." — Unser Nürnberger Parteiführer bemerkt hierzu kurz und bündig: Was unseren Segnern an unserem Genossen Haller am meisten imponirt, sie aber auch am meisten ärgert, sein Geburtsadel, das ist uns das Gleichgültigste an unserem Landtagskandidaten. Für uns ist die Hauptsache, daß er ein ganzer Mann, ein überzeugter Sozialdemokrat ist, bereit, sein ganzes Können einzusetzen, dem Volke zu dienen.

**Kleine Chronik.** Nach zweitägiger Verhandlung wurde Dienstag Nachmittag der 22-jährige Kaufmann Wiegand aus Stuttgart vom Schwurgericht in R. O. L. zum Tode verurtheilt. Wiegand verübte im Oktober des vorigen Jahres in einer einsamer Landstraße bei Engelskirchen gelegenen Wirthschaft einen Einbruch, erschöpf, als er dabei ertappt wurde, eine 75-jährige Frau, und machte auf die Wirthin einen Mordversuch. Er flüchtete und wurde später auf dem Rheindampfer "Kaiser Friedrich" verhaftet. Der Mörder nahm das Urtheil gleichgültig auf und dankte den Geschworenen, daß sie die Schuldfrage bejaht hätten. — Nach der "Bad. Wtzg." war ein kirchliches Blatt des Baden'scher Oberlandes, weil es die Bibel ein "gotteslästerliches Buch" genannt, vom Schöffengericht wegen "groben Unfugs" zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Das Landgericht Waldshut hob das Urtheil auf und sprach den Redakteur frei. Das Oberlandesgericht in Karlsruhe wies die eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft zurück und bestätigte das freisprechende Urtheil. — Umfangreichen Eisenbahndiebstählen ist man in Wien auf die Spur gekommen. Vierzehn Eisenbahnräuber und eine Anzahl Helfer, welche in den letzten Monaten Diebstähle in großem Umfange in den Waggon der österreichischen Staatsbahnen ausführten, wurden verhaftet. Soweit bisher festgestellt ist, bestand eine organisirte Bande, welche sich mit Diebstählen von Lebensmitteln, Geflügel, Fleischwaren, Kleidungsstücken, Stoffen zc. befaßte. Der Schaden beträgt viele tausend Gulden. — In der Kirche des 7. Bezirkes in Budapest fand Montag anlässlich der Firmung der Schulkinder ein schwerer Unglücksfall statt, dem drei Kinder zum Opfer fielen. Während des Firmens befanden sich 150 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren in der Kirche, die mit brennenden Kerzen die Seltung erwarteten. Die Mädchen waren in weiße Batistkleider gekleidet und trugen künstliche Kränze. Plötzlich fing der eine Kranz Feuer. Ehe an Rettung gedacht werden konnte, itanden die Mädchen Kleider von zwei Kindern in Flammen, und ein panikartiger Schreck bemächtigte sich der Anwesenden. Es entstand ein ungeheurer Tumult und ein 13-jähriges Mädchen wurde erdrückt. Die brennenden Kleider unter entsetzlichen Qualen. — In St. Petersburg wurde auf Verfügung des Bezirksgerichts der Bankier Wittin wegen Unterschlagung von 2 Millionen Rubel verhaftet. — Die Explosion auf dem vor Veirut stationirten türkischen Torpedoboot erster Klasse "Scham" fand während einer Probefahrt mit einem neuen elektrischen Projektor statt. Das Torpedoboot sank, und die ganze Besatzung bestehend aus 5 Offizieren und 25 Mann sowie der als Gast auf dem Schiffe befindliche Kommandant des türkischen Stationschiffes "Zmael" ertranken. Vier andere Personen, welche sich auf dem Torpedoboot befanden, der Kommandant der in Veirut stationirten Eskadrille Schiffskapitän Muhschir, der Kommandant der Gendarmerie des Vilajets, der Buchhalter und der Inspektor der Tabakregie, wurden gerettet. — In Barcelona (Spanien) kam es am Sonntag im Stierjark zu einemurchtbaren Standal. Das Publikum fand die Kampffiere zu unansehnlich und die Stierjocher zu feige. Mit schrecklichem Getöse und Pfeifen wurden Flaschen, Orangenschalen von den Sitzen in die Arena geschleudert. Zulezt und trotz Eingreifens der Gendarmerie sprangen die Leute massenhaft in die Arena, führten die Stiere in den Stall und ohrfeigerten die Stierkämpfer. Diese entkamen aus den Fenstern nach dem Bahnhof, wo sie sich umzogen und in einen Zug retteten.

**Nach ein Beitrag zur Ley Heinge.** Vor uns liegt, so schreibt die "Berl. Volkstz." ein alter sogenannter "Konfirmationsbrief", der sich ebenso durch Vergüßtheit wie Geschmacklosigkeit auszeichnet. Die Aufschrift auf dem zusammengefalteten Briefe richtet sich natürlich an das Herz; auf der Rückseite erblickt man den nackte nennlich: Wam im Paradiese unter einem Baume auf einem Löwen sitzend. Klapp man den Brief halb auseinander, so wird noch entsetzlicher! die nackte Eva sichtbar, wie sie dem immer noch nackten Adam den verhängnißvollen Apfel reicht. Bei weiterer Öffnung erscheinen ein Männlein und ein Weiblein in der eleganten Kleidung der dreißiger Jahre. Neben ihnen sind die Verse zu lesen:  
Der Mensch von Erde ist gemacht,  
Was näher denn die große Pracht?  
Kleider sind nur Sündenseden!  
Sed sie nur auf! du wirst erschrecken!

Was sagen die feigenblattbegeisterten Heingeapostel zu dieser frommen Kleidertheorie? Folgt man der Aufforderung, und hebt wirklich die Kleider auf, das heißt klappt man den letzten Theil des Blattes herunter, so werden die unteren Extremitäten besagten Männleins und besagter Fräuleins sichtbar, zwischen ihnen ein Altar mit der Aufschrift: Memento mori. Besagte Extremitäten verlegen nicht das Schamgefühl, aber desto mehr das ästhetische Gefühl: es sind nur Knochenbeine, und unter ihnen sieht man eine männliche Leiche. Dazu die üblichen geschmackvollen Verse vom Würmerloth, Schatten, Nichts, Verwesung usw. Dieser in Stahlstich hergestellte "Brief" wurde in der Eporie Weisensels von einem sehr orthodoxen Geistlichen Anfangs der vierziger Jahre allen Konfirmanden und Konfirmandinnen übergeben! Es ist gut, daß zu den Zeiten, da dieser Brief vertrieben wurde, an eine lex Heinge noch nicht zu denken war. Er dürfte, heute öffentlich ausgelegt, in seinen verschiedenen verdächtigen Zusammensetzungen schlimmsten Verdacht erregen.

**Die Entstehungsgeschichte eines Schutzvereins der Herrschaften gegen schlimmes Gesinde.** Der Pfarrer em. H. in Halle a. S. hatte sein früheres Dienstmädchen wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes angezeigt, infolgedessen gegen die W. Anklage erhoben worden war. Das Mädchen war am 1. Januar bei dem Pfarrer angezogen und hatte, da es die Behandlung dort nicht ertragen konnte, am 1. Februar wieder gekündigt. Der Pfarrer wollte die W. nur dann weglassen, wenn er bis zum 1. März ein anderes Mädchen bekomme. Die Angeklagte ließ sich aber darauf nicht ein und zog am 1. März ab. Der Pfarrer brachte bei der Lohnzahlung alles mögliche, einen Betrag für zerbrochenes Geschirr, Insertionsgebühr und dergleichen Kosten für Beschaffung eines anderen Mädchens in Abrechnung, so daß die W. im ganzen nur noch 25 Pfennige Lohn bekam. Er schilderte die Angeklagte vor dem Gericht als ein faules und unzuverlässiges Mädchen, und meinte, das Gesinde hätte es "glänzend" bei ihm. Darauf erhob sich, was nicht geringes Aufsehen machte, der Ankläger Amtsanwalt Ober-Polizeinspektor Weydemann, und ging mit dem Pfarrer so scharf ins Gericht, daß man annehmen mußte, nicht das Mädchen, sondern der Pfarrer sei angeklagt. Herr Weydemann meinte, er wisse aus den Akten ganz genau, daß der Pfarrer H. mit seinem Dienstmädchen stets in Unfrieden lebe. Da der Wechsel für ihn (H.) sehr stark sei, habe er, Weydemann sich bei dem jetzigen Dienstherrn der Angeklagten dem Stadtrath Dönitz nach dem Betragen des Mädchens erkundigt und dort die Auskunft erhalten, daß es ein durchaus fleißiges, ehrliches und braves Mädchen sei. Die Angeklagte sei freizusprechen, da sie nicht unberechtigt den Dienst verlassen habe. Pfarrer H. sei derjenige, der genügend Ursache zum Verlassen des Dienstes gegeben habe. Der Pfarrer war ganz perplex und bat — um Schutz gegen den Amtsanwalt. Nein, meinte er, so etwas kann ich mir nicht gefallen lassen. Wenn ich hier kein Recht bekomme, dann gründe ich einen Verein zum Schutze der Herrschaften." Der Gerichtsvorsteher ersuchte den Pfarrer, den Strafantrag gegen das Mädchen zurückzunehmen. Der Mann der Nächstenliebe meinte aber, so etwas könne er vor Gott nicht verantworten. Das Resultat der Verhandlung war, daß die Angeklagte kostenlos freigesprochen wurde. Nun aber erst das bürgerlichen Blätter erschienen, war darin folgendes Inserat zu lesen:

**Schutz-Verein gegen schlimmes Gesinde** wird angestrebt. Interessenten wollen behufs weiterer Beratungen Adressenden an Pfarrer em. H., Brüderstraße 6, II.

In unsere Gesindeverhältnisse läßt das ganze Vorommnis einen tiefen Einblick thun. Es zeigt sich hier wieder, daß gerade diejenigen, die am meisten über das Gesinde räsonniren, ihre Leute am schlechtesten behandeln. Das schönste an der Sache aber ist, daß ein Diener am Worte Gottes hier so offen Opposition gegen die von Gott geordnete Ordnung macht.

Es war vorher zu dunkel, und ich war so gar nicht vorbereitet. Sie noch einmal im Leben wiederzusehen!"  
Das sollte kühl und gleichgültig klingen und kam doch bitter und leidenschaftlich heraus. Er schien das nicht zu bemerken.  
"Wirklich? Der Umstand, daß ich Sie hier sehe, ließ mich vermuthen, daß Sie doch vielleicht einmal durch meinen Freund etwas über mich gehört haben können."  
"Von welchem Freunde sprechen Sie?"  
"Von Herrn Ziel, selbstverständlich."  
"Der ist Ihr Freund?"  
"Mein bester Freund."  
"Das ist mir neu." Es kam ihr in den Sinn, daß das früher mit dieser Bezeichnung ihren Vater belegt hatte; und wie hatte er dessen Freundschaft vergelten?  
"Ziel hat Ihnen nie davon gesprochen?"  
"Nein. — Er mag wohl nicht viel Werth auf diese Freundschaft gelegt haben," konnte sie sich nicht enthalten hinzuzufügen. Da stand er nun vor ihr, unterschied sich mit ihr wie mit einer alten Bekannten, die man zufällig wiedertrifft, als ob nichts geschähen wäre, als ob er gar nicht ahne, wie unendlich weh er ihr einmal gethan hatte. Er sollte es auch nicht merken, wie tief er sie damals ins Herz getroffen. Und doch, so sehr sie sich auch bemühte, ihm ruhig und freundlich entgegen zu kommen, vermochte sie es nicht.  
Er beachtete ihre beleidigenden Worte nicht und fragte nur mit oberflächlicher Höflichkeit:  
"Wie ist es Ihnen denn immer gegangen?"  
"Gut, dankt," antwortete sie kurz. Dann brachte sie es aber doch nicht übers Herz, es dabei bewenden zu lassen und sagte kurz: "Zuerst schlecht. Das wissen Sie ja, oder vielmehr Sie wissen es vielleicht nicht, da Sie so plötzlich abreisen."

"Ja," bestätigte er einfach. "Ich mußte damals plötzlich abreisen."  
"Wir hatten schwere Zeiten durchzumachen. Aber wir kämpften sie durch. In der Noth lernt man seine wahren Freunde kennen."  
Es lag eine erneute Herausforderung in ihrem Tone, der er nicht wieder auszuweichen gedachte. Er sah ihr gerade ins Gesicht, in die trostigen braunen Augen.  
"Ich glaube, Fräulein Martha," sagte er langsam mit Nachdruck, "daß Sie Ihre wahren Freunde noch lange nicht genügend kennen. Es giebt ein Sprichwort: tout comprendre, c'est tout pardonner. Sie, Fräulein Martha, mühen sich viel verstehen lernen, um gerechter zu werden."  
Sie war so bis ins Innerste betroffen von diesen leuchtenden, ihr unverständlichen Worten, daß sie keine Erwiderung fand.  
Noch immer stand sie wortlos da, gerade vor sich hinsehend, um seinen Blick zu vermeiden, da kam das Stubermädchen und meldete, Frau Rechtsanwältin lasse bitten, das Fräulein möge gleich zu ihr kommen.  
"Ist Ziel verheirathet?" fragte Ramzes erkundend.  
"Das hat Ihnen Ihr bester Freund wohl gar nicht mitgetheilt?" gab sie höflich zurück. "Ja, er ist verheirathet — mit meiner Schwester Else."  
Unter diesen Umständen öffnete sich auch die Thür zur Linken, und Ziel trat herein.  
"Kommen Sie hier," rief er freudig bewegt. Welche angenehme Ueberraschung! Stellen Sie sich vor, daß ich Ihre Karte sehen erst zu Gesicht bekommen habe. Bei uns geht nämlich heute alles drunter und drüber. Aber ich sehe, Sie haben Gesellschaft gefunden. Um so besser. Und nun kommen Sie. Sie bleiben doch zum Abendbrod da? Bitte Martha, herabzufragen Elschen, daß Ramzes — natürlich, keine Widerrede — (das zu Ramzes, der halb zögernd eine

Ausrede vorbringen wollte, dann halbblau zu Martha) und hilf ihr ein bißchen. Sie ist ganz aus dem Häuschen. Ich rechne auch auf Dich zum Abendbrod."  
"Nimmermehr", dachte Martha. Sie mochte nicht länger mit Das zusammen sein. Ein eigenthümliches Gefühl von Unsicherheit hatte sich ihrem Zorne beigemischt. Und wozu überhaupt? Sie hatten ja nichts mehr mit einander zu schaffen.  
Und doch sah sie nur zu bald ein, daß ihr Bleiben unumgänglich nöthig sei, und daß wirklich, wie Ziel sich ausgedrückt hatte, heute alles drüber und drunter gehe.  
Else lag auf ihrer Chaiselongue mit rothgeweinten Augen, gereizt, nervös, geärgert, halb verzweifelt. Diese unausstehliche Person, die Wirthschafterin, mit der Else immer so viel Nachsicht gehabt, hatte sich gegen sie benommen auf eine Weise! unbeschreiblich — gerade jetzt, wo ihr der Arzt noch Schonung verordnet, Ruhe, keine Aufregung. Ruhe, mit einem solchen Drachen im Hause!  
"Was hat es denn eigentlich gegeben?" fragte Martha, an derartige Klagen bereits gewöhnt.  
"Ach weiter gar nichts! Ich hatte etwas anders einrichten wollen", erzählte Else, "eine unbedeutende Aenderung in einem Schranke. Wir kamen darüber in einen heftigen Wortwechsel, und zulezt sagte sie ganz frech: 'Frau Rechtsanwältin, mißchen Sie sich lieber nicht in Dinge, die Sie nichts angehen.' Wie findest Du das? Ich machte kurzen Prozeß und erklärte ihr, meine Wirthschaft ginge mich sehr viel an, ich sei Herrin im Hause, und sie möge ihrer Wege gehen. Ja, das habe ich gesagt," bekräftigte Else nachdrücklich mit selbstbewußtem Kopfnicken.  
"Und?" fragte Martha noch etwas zweifelhaft.  
"Und — nun ist sie fortgegangen," lautete schon etwas kleinlauter die Antwort.  
(Fortsetzung folgt.)